

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2012 in der Rückblende	4
Das politische Jahr	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	8
III. Tätigkeitsberichte	16
Parteiorgane	16
Geschäftsleitung	16
Parteivorstand	16
Delegiertenversammlungen	16
Fachkommissionen	18
Bau, Verkehr und Energie (BVE)	18
Erziehung (ERZ)	18
Finanzen und Verwaltung (FIN)	19
Gesundheit und Fürsorge (GEF)	21
Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)	22
Polizei und Militär (POM)	24
Volkswirtschaft (VOL)	26
SVP Frauen Kanton Bern	27
JSVP Kanton Bern	27
SVP Senioren Kanton Bern	29
Wahlkreise	30
Jura bernois	30
Biel-Seeland	31
Emmental	31
Oberaargau	32
Bern-Mittelland	34
Thun	35
Oberland	36
Gerichte	38
Obergericht	38
Verwaltungsgericht	39

IV. Organisation / Personelles	40
Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	40
Geschäftsleitung	40
Parteivorstand	40
Grossratsfraktion	42
Vertretung in der SVP Schweiz	42
Mitglieder des Zentralvorstandes	42
Mitglieder des leitenden Ausschusses	43
Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses	43
Regierungsmitglied	43
Parteisekretariat	43
Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“	43
Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern	43
Unsere Verstorbenen	44
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	45
VI. Die Partei in Zahlen	46
Mitgliederzahlen	46

I. Vorwort des Präsidenten

Nach den eidgenössischen Wahlen war das politische Jahr 2012 geprägt von Sachabstimmungen, verschiedenen Gemeindewahlen und einer ersten Vorbereitung im Hinblick auf die kommenden Regierungsratswahlen.

Höchst erfreulich verlief die kantonale Abstimmung für eine Senkung der Motorfahrzeugsteuern. Dank einem engagierten Kampf zusammen mit Hannes Flückiger als Initiant des Volksvorschlages konnte sich die SVP gegenüber Regierung und Grosse Rat durchsetzen. Diese Reduktion der steuerlichen Belastung im Kanton Bern um rund 100 Millionen Franken ist ein politisches Signal des Souveräns und muss bei der künftigen Gestaltung der Finanz- und Steuerpolitik beachtet werden. Leider konnte dieser Erfolg bei der Abstimmungsvorlage betreffend Zwangsfusionen der Gemeinden nicht wiederholt werden.

Gut verliefen die in insgesamt 72 bernischen Gemeinden durchgeführten Wahlen. In 36 Kommunen konnte die SVP die Sitzzahl bzw. den Wähleranteil erhöhen, in 19 war das Resultat gleich vor vier Jahren, und in 17 Gemeinden stand unsere Partei auf der Verliererseite.

Bereits gilt es, frühzeitig die ersten Vorbereitungen für die nächsten Regierungsratswahlen zu treffen. Aus diesem Grund beschloss die Delegiertenversammlung auf Antrag der Geschäftsleitung sowie des Parteivorstandes, ein drittes Parteivizepräsidium zu schaffen und dieses mit Grossrat Manfred Bühler aus Cortébert zu besetzen.

Nach sechs intensiven Jahren an der Spitze der SVP Kanton Bern habe ich mich entschlossen, dieses Mandat nach den letzten eidgenössischen Wahlen abzugeben. Die politischen Schwerpunkte während meiner Amtszeit waren zwei eidgenössische Wahlkampagnen und die kantonalen Wahlen vom Frühjahr 2010. Bei diesen gelang es, nach der Abspaltung vierzehn von siebzehn verlorenen Sitzen für die SVP zurückzugewinnen.

Für das Vertrauen, die grosse Unterstützung und die gute Kameradschaft danke ich herzlich, und ich wünsche unserer Bernischen SVP und allen Parteimitgliedern für die Zukunft herzlich alles Gute!

Rudolf Joder, Nationalrat, Parteipräsident, Belp

II. Das Jahr 2012 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

11. März 2012

Eidgenössisch

Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'152'598	1'123'802	50.6%	49.4%
Kanton Bern	159'106	130'503	54.9%	45.1%

Stimmbeteiligung: 45.18% (CH), 41.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Volksinitiative «für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	980'273	1'237'825	44.2%	55.8%
Kanton Bern	101'731	182'272	35.8%	64.2%

Stimmbeteiligung: 45.0% (CH), 41.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	771'717	1'531'986	33.5%	66.5%
Kanton Bern	91'543	199'666	31.4%	68.6%

Stimmbeteiligung: 45.0% (CH), 41.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'916'182	284'108	87.1%	12.9%
Kanton Bern	246'253	36'293	87.2%	12.8%

Stimmbeteiligung: 44.8% (CH), 41.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Bundesgesetz über die Buchpreisbindung

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	966'633	1'234'222	43.9%	56.1%
Kanton Bern	115'925	165'953	41.1%	58.9%

Stimmbeteiligung: 44.9% (CH), 41.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

17. Juni 2012

Eidgenössisch

Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	601'449	1'332'839	31.1%	68.9%
Kanton Bern	57'918	188'674	23.5%	76.5%

Stimmbeteiligung: 38.5% (CH), 35.0% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	480'173	1'462'659	24.7%	75.3%
Kanton Bern	56'020	191'831	22.6%	77.4%

Stimmbeteiligung: 38.5% (CH), 35.0% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

Managed Care

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	466'993	1'482'536	24.0%	76.0%
Kanton Bern	70'526	175'913	28.6%	71.4%

Stimmbeteiligung: 38.7% (CH), 35.0% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

23. September 2012

Eidgenössisch

Jugendumusikförderung

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'552'045	583'231	72.7%	27.3%
Kanton Bern	205'984	82'115	71.5%	28.5%

Stimmbeteiligung: 42.4% (CH), 35.0% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'014'016	1'125'495	47.4%	52.6%
Kanton Bern	119'145	169'500	41.3%	58.7%

Stimmbeteiligung: 42.5% (CH), 35.0% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	741'205	1'437'985	34.0%	66.0%
Kanton Bern	88'292	203'191	30.3%	69.7%

Stimmbeteiligung: 42.8% (CH), 35.0% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Kantonal

Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen

Änderung der Kantonsverfassung

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
	166'672	102'406	61.9%	38.1%

Änderung des Gemeindegesetzes

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
	162'931	102'817	61.3%	38.7%

Stimmbeteiligung: 38.6%

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Kantonales Steuergesetz

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Initiative «Faire Steuern»	92'305	182'893	33.5%	66.5%
Gegenvorschlag	143'635	128'100	52.9%	47.1%
Stichfrage				
• Initiative: 91'462 / 34.3%				
• Gegenvorschlag: 175'003 / 65.7%				

Stimmbeteiligung: 39.8%

Parole SVP Kanton Bern:

Initiative: **NEIN**

Gegenvorschlag: **JA**

Stichfrage: **Volksvorschlag**

Ergebnis:

Initiative: **NEIN**

Gegenvorschlag: **JA**

Stichfrage: **Volksvorschlag**

Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge mit Volksvorschlag (Wiederholung der kantonalen Volksabstimmung vom 13. Februar 2011)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Vorlage Grosser Rat	122'402	149'988	44.9%	55.1%
Volksvorschlag	148'842	127'669	53.8%	46.2%
Stichfrage				
• Vorlage des Grossen Rates: 123'625 / 45.2%				
• Volksvorschlag: 149'701 / 54.7%				

Stimmbeteiligung: 39.8%

Parole SVP Kanton Bern:

Vorlage Grosser Rat: **NEIN**

Volksvorschlag: **JA**

Stichfrage: **Volksvorschlag**

Ergebnis:

Vorlage Grosser Rat: **NEIN**

Volksvorschlag: **JA**

Stichfrage: **Volksvorschlag**

25. November 2012

Eidgenössisch

Änderung des Tierseuchengesetzes

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	946'220	439'484	68.3%	31.7%
Kanton Bern	122'657	59'064	67.5%	32.5%

Stimmbeteiligung: 27.6% (CH), 25.3% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Aus der Grossratsfraktion

Nach den zwei Wahljahren 2010 und 2011 verlief 2012 ruhiger. In sachpolitischer Hinsicht galt dies allerdings auch im Grossen Rat nicht – in jeder Session gab sehr wichtige Geschäfte mit weitreichenden Konsequenzen zu beraten.

Januarsession

Personelles

Sehr erfreulich war die Wahl des SVP-Kandidaten Jean-Pierre Vicari ans Obergericht.

Verhandlungen

Von besonderer Brisanz war der Entscheid zum Kredit für das Zentrum Paul Klee. Weil der Betriebskredit innert kürzester Zeit bereits zweimal erhöht worden war und der Grosse Rat beide Male bemängelt hatte, dass der Regierungsrat Salamtaktik betreibt, sprach sich die SVP-Fraktion einstimmig gegen den Kredit aus. Dieser Antrag wurde aber mit 63 zu 81 Stimmen abgelehnt. Am Ende der Abstimmungskaskade führte der FDP-Grossratspräsident keine Schlussabstimmung durch. Die Schlussabstimmung wurde nachgeholt, allerdings zu einem Zeitpunkt, als schon das nächste Traktandum behandelt wurde. Der Kredit wurde mit 64 zu 61 Stimmen abgelehnt. Obwohl die Wiederholung einer Schlussabstimmung gar nicht statthaft wäre, beschloss der Grosse Rat aber am nächsten Morgen ein Rückkommen und eine Wiederholung der Schlussabstimmung, in welcher der Kredit mit 89 zu 59 Stimmen angenommen wurde. Nicht weniger als 6 BDP- und 2 FDP-Grossräte hatten ihre Meinung geändert und dem Kredit nun zugestimmt...Gegen den einstimmigen Willen der SVP beantragte die Grossratsmehrheit dem Stimmvolk, die Möglichkeit von Zwangsfusionen von Gemeinden vorzusehen. Die SVP-Fraktion, zum Teil unterstützt durch die EDU, bekämpfte die Vorlage entschieden, leider erfolglos. Leider gelang es auch nicht, das Prostitutionsgesetz zu verhindern. Der Nichteintretensantrag der SVP wurde von keiner anderen Partei unterstützt. Erfolge konnten mit der Annahme einer SVP-Motion betreffend Hooligans und einer SVP-Motion betreffend Windenergieanlagen in Wäldern und an Waldrändern verbucht werden. Ebenfalls erfolgreich war die SVP bei der Detailberatung des Gesetzes über den Kindes- und Erwachsenenschutz.

Märzsession

Verhandlungen

Interessant und entlarvend war die Antwort der Regierung auf eine Interpellation betreffend verschwundene Stimmzettel bei der Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuern: Die Regierung musste zugeben, dass beim Nachzählungsbeschluss des Regierungsrates bereits bekannt war, dass einige Gemeinden ihre Stimmzettel vernichtet hatten. Dies stellt der Regierung kein sonderlich gutes Glaubwürdigkeitszeugnis aus. Nicht verhindert werden konnte bei der Beratung des Gesetzes über die politischen Rechte, dass bei einer sehr knappen Wahl oder Abstimmung automatisch nachgezählt werden muss.

Gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien konnten beim Kulturgesetz der Passus für gleichgewichtige Förderung beider Geschlechter und die Möglichkeit für Kantons-Beiträge an die Altersvorsorge von Kulturschaffenden verhindert werden. Nicht verhindert werden konnte aber beim Volksschulgesetz die kantonale Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit in den Gemeinden. Eine SVP-Motion für Übergangslösungen für Teilzeitkindergärten wurde angenommen. Ein Hauptgeschäft der Session war die Standortkonzentration der Fachhochschulen, die Entscheide fielen grösstenteils im Sinne der SVP aus. Das brisanteste Geschäft war die Konzessionserteilung zur Nutzung des Sousbach. Gegen den Willen der Regierung erhielt die BKW dank eines SVP-Antrags diese Konzession. Nicht überwiesen wurde eine SVP-Motion, die es ermöglicht hätte, dass Landwirte ohne PC die Agrardaten-Erhebungsformulare auf Wunsch weiterhin in Papierform erhalten hätten. Die SVP wurde in der zweiten Lesung betreffend Gemeindefusionen nur von der EDU unterstützt. Der Grossratsbeschluss betreffend die Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ fiel aber im Sinne der SVP aus. Angenommen wurde auch der Vorstoss der bürgerlichen Fraktionspräsidenten für einen Voranschlag 2013 ohne Defizit.

Junisession

Personelles

Béatrice Struchen wurde zur 2. Vizepräsidentin des Grossen Rates gewählt, Christoph Neuhaus zum Vizepräsidenten des Regierungsrats.

Ende der Session schied Pierre-André Geiser aus dem Grossen Rat aus. Ich danke dir, Pierre-André, für deinen Einsatz für die Fraktion und die Partei!

SVP-Kandidat Samuel Schmid wurde als Obergerichts-Ersatzmitglied gewählt.

Verhandlungen

Die Entscheide bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die politischen Rechte fielen vollumfänglich im Sinne der SVP aus. Verhindert werden konnte, dass der Regierungsrat Massnahmen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus prüfen muss. Hingegen konnte nicht abgewendet werden, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag zur Initiative „Bern erneuerbar“ in erster Lesung annahm. Dank einer guten bürgerlichen Zusammenarbeit konnte aber eine Motion abgelehnt werden, wonach der Regierungsrat sich hätte dafür einzusetzen müssen, dass die BKW das Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues Kernkraftwerk Mühleberg zurückzieht. Gegen den Willen der SVP wurde bei der Beratung des Kulturförderungsgesetzes entschieden, dass der Kanton Massnahmen zugunsten der Fahrenden ergreifen kann. Eine Standesinitiative zur Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer konnte verhindert werden – die Regierung hatte dieses Begehren der Grünen unterstützt.

Septembersession

Personelles

Anne-Caroline Graber wurde als neues Grossrats-Mitglied und Nachfolgerin von Pierre-André Geiser vereidigt. Herzlich willkommen in unserer Fraktion!

Mit fadenscheinigen Begründungen wurde – trotz bester Qualifikationen und

ausgewiesenem Anspruch der SVP gemäss Proporz – bei der Oberrichterwahl der Kandidat der SVP übergangen und die Kandidatin der Grünen gewählt.

Verhandlungen

Leider gelang es nicht, zu verhindern, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag zur Initiative „Bern erneuerbar“ auch in zweiter Lesung zur Annahme empfahl. Die Entscheide betreffend Vergrösserung des Grimselsees hingegen waren im Sinne der SVP. Dank einer SVP-Motion konnte der Regierungsrat verpflichtet werden, bei der Umsetzung des Gewässerschutzes darauf zu achten, die Auswirkungen auf das Kulturland zu minimieren. Eine SP-Motion, die den Flugbetrieb in Meiringen noch mehr beschränkt hätte, konnte erfolgreich bekämpft werden. Keine Unterstützung erhielten wir bei der Forderung, dass die Polizei- und Justizbehörden künftig bei ihren Meldungen die Nationalität hätten nennen sollen. Die Regierung konnte aber verpflichtet werden, die Spitalliste 2012 gesamthaft in Wiedererwägung zu ziehen und vor Erlass der neuen Spitalliste allen Betroffenen das rechtliche Gehör zu gewähren. Dank einer SVP-Motion muss der Regierungsrat Massnahmen ergreifen, um die Auswirkungen der Agrarpolitik 2014-2017 auf kleine Bauernbetriebe abzufedern.

Novembersession

Verhandlungen

Das wichtigste Geschäft der Novembersession war der Voranschlag 2013 und der Aufgaben- und Finanzplan 2014-2016. Die meisten Entscheide fielen im Sinne der SVP aus. Besonders diskutiert wurde dabei die Streichung der Finanzierung der Schülertransporte; dies konnte dank der SVP verhindert und die Erziehungsdirektion zur Kompensation des Betrags verpflichtet werden. Leider wurde eine FDP-Motion nicht angenommen, die die laufenden Ausgaben des Kantons begrenzt hätte. Hingegen muss aufgrund einer gewandelten SVP-Motion ein Stellenabbau in allen Direktionen geprüft werden. Die Entscheide der ersten Lesung des Steuergesetzes waren vollumfänglich im Sinne der SVP. Ein weiteres wichtiges Geschäft war das Waldgesetz, die Resultate fielen mehrheitlich im Sinne der SVP aus. Eine Standesinitiative für Partikelfilter bei allen Nutzfahrzeugen konnte verhindert werden. Eine SVP-Motion zur Einrichtung einer Babyklappe im Kanton Bern wurde angenommen. Mit einer weiteren SVP-Motion konnte eine Verbesserung der ÖV-Anschlüsse für das Kandertal erreicht werden. Durch eine SVP-Motion konnte gegen den Willen der Regierung erreicht werden, dass der Regierungsrat von der Verpflichtung entbunden wurde, gesetzliche Grundlagen vorzulegen, die einen individuellen Anschluss von bernjurassischen Gemeinden an den Kanton Jura ermöglichen. Breit diskutiert wurde ein weiterer Beitrag an das Zentrum Paul Klee. Die von der SVP geforderte Rückweisung konnte nicht erreicht werden, gegen den Willen der Mehrheit der SVP-Fraktion wurde der Kredit gutgeheissen.

Peter Brand, Grossrat und Fraktionspräsident, Münchenbuchsee

Zusammenfassungen Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2012 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzgebungsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die detaillierten Vernehmlassungsantworten können auf dem Parteisekretariat bezogen und auf www.svp-bern.ch heruntergeladen werden):

Änderung des kantonalen Waldgesetzes (KWaG) (02.03.2012)

Gemäss der SVP muss das Ziel der Gesetzesanpassungen sein, für optimale und faire Rahmenbedingungen für die Bewirtschaftung des Waldes und eine wirtschaftliche Holznutzung zu sorgen. Das Grundeigentum darf nicht zusätzlich eingeschränkt oder durch Abgaben belastet werden, daher ist auch eine waldrechtliche Mehrwertabgabe abzulehnen. Die Strukturverbesserungen sind administrativ zu erleichtern und öffentliche Waldleistungen, welche Waldeigentümer erbringen, abzugelten. Die Nutzung des Waldes als Erholungsraum muss für alle erleichtert werden, zum Beispiel indem der Unterhalt der Abtransportstrassen für den Energieträger Holz auch entsprechend unterstützt wird. Für die Einführung besonderer Bewirtschaftungsvorschriften gibt es angesichts des hervorragenden ökologischen Zustands des Waldes keinen Anlass. Auch braucht es keine neuformulierte Einschränkung der sportlichen Aktivitäten im Wald und keine neuen Schikanen für die Freizeit- und Tourismusinteressen.

Steuergesetzrevision 2014 (09.03.2012)

Bei der Vorlage handelt es sich weitgehend um Anpassungen an das Bundesrecht sowie um technische Korrekturen. Die SVP bedauert, dass der Regierungsrat die Änderung des Steuergesetzes 2014 nicht zum Anlass genommen hat, die Steuersituation im Kanton Bern für die Bevölkerung und die Betriebe zu verbessern. Der Kanton Bern ist im Bereich der natürlichen Personen in fast allen Einkommensklassen auf den hintersten Rängen und auch bei den juristischen Personen zurückgefallen, es besteht also klarer Handlungsbedarf. Die SVP schlägt vor, bei juristischen Personen den Gewinnsteuertarif zu senken und zusätzlich einen Proportional-Tarif einzuführen. Betreffend Pauschalbesteuerung fordert die SVP, dass bei einem Nein zur Initiative „Faire Steuern – für Familien“ und zum Gegenvorschlag als minimale Bemessungsgrundlage der Betrag von Fr. 200'000 ins Gesetz aufgenommen wird. Ein Mindestbetrag von Fr. 400'000 hätte für 80% der bisherigen Pauschalbesteuerten eine massive Mehrbelastung zur Folge.

Gesetz betreffend den Beitritt des Kantons Bern zur Vereinbarung über die Hochschule ARC Bern-Jura-Neuenburg, zum interkantonalen Konkordat über die Errichtung einer Fachhochschule Westschweiz und zur interkantonalen Vereinbarung über die Errichtung der Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und Soziale Arbeit (Änderung) (24.03.2012)

Die Vernehmlassung fand im Rahmen einer konferenziellen Anhörung statt.

Gesetz und Dekret über die Bereinigung und Aktualisierung der Justizreform (27.04.2012)

Die SVP ist mit dem Gesetz und dem Dekret einverstanden und verzichtet auf eine detaillierte Stellungnahme.

Änderung der Gemeindeverordnung, Einführung von HRM2 (02.07.2012)

Die SVP hält fest, dass sie grundsätzlich Massnahmen begrüsst, welche für Transparenz und Vergleichbarkeit von Kennzahlen der öffentlichen Hand sorgen. Offen ist, ob die Einführung von HRM2 das angestrebte Ziel erreichen wird. Der eingeschlagene Weg ist aber weiterzugehen, nachdem die Grundsatzentscheide gefällt sind. Die Gemeinden sollten auf die Unterstützung des Kantons zählen können, wobei der Beratungsaufwand ohne Aufstockung durch das AGR abgedeckt werden sollte.

Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte (Änderung) inkl. indirekte Änderung des Personalgesetzes (11.07.2012)

Da das Lohnniveau der Lehrerschaft im Kanton Bern teilweise tiefer ist als in anderen Kantonen, fordert die SVP eine Anhebung der Einstiegsgehälter auf das schweizerische Mittel unter Verwendung der Rotationsgewinne. Aufgrund der düsteren Finanzlage und der sich abzeichnenden, einschneidenden Massnahmen im Zusammenhang mit der Sanierung der Pensionskassen gibt es aber keinen Raum für zusätzliche Lohnmassnahmen. Dies gilt sowohl für die Wiedereinführung des automatischen Lohnaufstiegs, den das Berner Stimmvolk 2005 abgeschafft hat, als auch in Bezug auf Korrekturmassnahmen für das übrige Kantonspersonal. Die SVP fordert einen Verzicht auf die Änderung des Personalgesetzes, da diese auf einen Rechtsanspruch des (Gesamt-)Personals auf Gehaltserhöhungen herausliefen. Erhöhungen der Personalkosten haben im Rahmen der gesamtstaatlichen Möglichkeiten zu erfolgen. Fixe Steigerungsraten wären nur haushaltsneutral bei entsprechendem Personalabbau möglich.

Totalrevision des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG) und der Geschäftsordnung des Grossen Rats (GO) (15.08.2012)

Die SVP unterstützte schon die Vorstösse, die die Revision auslösten, und begrüsst auch die nun vorliegende Totalrevision mit dem Ziel der Stärkung des Parlaments und einer effizienteren Gestaltung des Parlamentsbetriebes durch die Anpassung der Strukturen des Grossen Rats und seiner Organe, die Straffung der Abläufe, die Verbesserung der Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten des Parlaments in Finanzfragen, den Ausbau der Rechte der Aufsichtskommissionen, eine klare Kompetenzabgrenzung der Parlamentsdienste und der Staatskanzlei und die Einführung der Finanzmotion.

Abgelehnt wird aber die Schaffung der vier Sachbereichskommissionen, da damit mehr Kosten, aber kaum ein Mehrwert für das Parlament geschaffen würde. Unterstützt wird lediglich die Schaffung einer Kommission für Staatspo-

litik und Aussenbeziehungen, da so die Einflussnahme während der Entstehung eines Konkordatstextes ermöglicht würde.

Sonderstatutsgesetz. Änderung (SStG) (30.08.2012)

Die SVP lehnt eine erneute Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit des Berner Juras und die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab. Die Absichtserklärung wurde von den Regierungen der Kantone Jura und Bern abgeschlossen und nicht von der Bevölkerung und in letzterer Zeit waren keine Forderungen für eine erneute Abstimmung wahrnehmbar. Vielmehr ist es lediglich eine politische Minderheit, welche den separatistischen Kampf unter Missachtung demokratisch gefällter Entscheide weiterführt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Regierung eine Minderheit privilegiert und ihr ein Sonderrecht einräumt, indem sie ihr quasi „pfannenfertig“ eine Abstimmung serviert, wenn den Separatisten, wie allen anderen Gruppen auch, die Möglichkeit offenstehen würde, eine Volksinitiative zu lancieren. Die neue Abstimmung wird auch abgelehnt, weil diese möglicherweise alte Wunden aufreisst und die Gefahr politischer Unruhen mit sich bringt. Mit den Abstimmungen von 1974/1975 und der Schaffung des Kantons Jura wurde die Jurafrage beantwortet und jede Gemeinde konnte wählen, welchem Kanton sie angehören wollte. Dieser Prozess ist abgeschlossen. Der Kanton Bern könnte nun durchlöchert werden oder gar seinen frankophonen Teil verlieren. Es werden einseitig nur die Interessen des Kantons Jura berücksichtigt.

Änderung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG AuG und AsylG) (03.09.2012)

Die SVP stellt fest, dass die Änderungen im Wesentlichen Anpassungen aufgrund des Verwaltungsgerichtsurteils darstellen, wonach es an generell-abstrakten Rechtsnormen über die Vollzugsgrundsätze von ausländerrechtlicher Administrativhaft und über deren Haftbedingungen fehle, und könnte sich in diesem Sinne mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden erklären. Bedauerlich ist aber, dass der Regierungsrat die Rechtsprechung unbesehen übernehmen will. Die SVP erwartet, dass der Regierungsrat sich dafür einsetzt, dass der eidgenössische Gesetzgeber dafür sorgt, dass die Rechtsentwicklung wieder Sache der Legislative ist. Da die Schweiz deutlich zu attraktiv ist für Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminelle, welche den Asylweg als Deckmantel missbrauchen, und da dadurch die Zwangsmassnahmen heute schon hohe Kosten verursachen, wäre es angezeigt gewesen, den vorhandenen Spielraum zu nutzen und die Haftbedingungen restriktiver auszugestalten. Die SVP bedauert, dass dies nicht geschah und dass stattdessen die lasche Haltung des Bundesgerichtes aufgenommen wird.

Gesetz über die Kantonspolizei (KPG) und Polizeigesetz (PoIG) (Änderung) (17.09.2012)

Die SVP unterstützt die Gesetzesanpassungen und begrüsst insbesondere, dass mehrere SVP-Anliegen (verdeckte Ermittlung, Überwälzung von Kosten

bei grobfahrlässigem Handeln auf die Verursacher) aufgenommen wurden. Betont wird aber auch, dass keine finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden entstehen darf. Für die Mitarbeiter der Polizei muss ein gesetzlich festgehaltener, ausreichender Schutz vor Übergriffen gewährleistet sein. Angesichts der zunehmenden Bedrohung sind griffige Massnahmen dringend angezeigt, allenfalls auch die Behandlung von Übergriffen auf Polizeibeamte analog eines Officialdelikts. Die SVP fordert, dass auch Sicherheitsassistenten zwingend das Schweizer Bürgerrecht haben müssen. Begrüsst wird, dass Mitarbeitende der Polizei auch in ihrer dienstfreien Zeit zu polizeilichem Handeln berechtigt sind und dass ihre Wohnsitzpflicht gelockert wird.

Revision des Spitalversorgungsgesetzes (SpVG) und Revision des Dekrets vom 15. Januar 1996 über die Gebühren des Grossen Rates und des Regierungsrates (05.10.2012)

Die SVP äussert ihr Befremden darüber, dass während des laufenden Vernehmlassungsverfahrens bereits die Kommission tagen und dabei eine einseitige Information der Regierung zur Kenntnis nehmen sollte. Die Leistungsbegrenzung wird abgelehnt, da sie die mit dem KVG eingeführten Wettbewerbselemente faktisch aushebelt und zudem nicht praxistauglich wäre. Abgelehnt wird auch die Bewilligungspflicht für Investitionsvorhaben, da sie dem Konzept widerspricht, dass die Anlagekosten über die Fallpauschalen zu finanzieren sind, und die Spitäler dadurch die Freiheit zur eigenverantwortlichen Planung erhalten. Die SVP spricht sich auch gegen die vorgesehenen zentralisierten Organisationsstrukturen und die geplante Lenkungsabgabe und die Öffnung eines so genannten Ausgleichsfonds zur Finanzierung von Leistungen und Infrastruktur aus. Die Gewährleistung eines Spitalstandortes in Gebieten, in denen dies nicht rentiert, sollte nicht über einen intransparenten Fonds, sondern direkt via Kanton als Finanzierung gemeinwirtschaftlicher Interessen erfolgen. Zudem ist die Finanzierung des Fonds höchst fragwürdig, da Mittel auf der Basis der Umsatzzahlen abgeschöpft werden sollen. Schliesslich bemängelt die SVP die Überregulierung, anzustreben wäre ein schlankes und damit praktikables Gesetz.

Die SVP fordert den Regierungsrat auf, die Vorlage zurückzunehmen und einen neuen KVG-tauglichen Entwurf vorzulegen, bei welchem die Spitäler nicht zu Filialen der Gesundheitsdirektion gemacht werden.

Neues kantonales Pensionskassengesetz (07.10.2012)

Die SVP hat den Primatswechsel zwar seit Langem gefordert, die vorgeschlagene Finanzierung geht aber ausschliesslich zu Lasten der Steuerzahlenden. Die durch die Verzögerung des Wechsels entstandene zusätzliche Belastung soll ebenfalls den Steuerzahlenden aufgebürdet werden. Die SVP lehnt dieses Vorgehen klar ab und kündigt das Referendum an, falls ein einseitig zulasten der Steuerzahlenden gehendes Finanzierungskonzept beschlossen werden sollte. Die SVP teilt zwar grundsätzlich die Ansicht, dass für ältere Personen eine Übergangsregelung nötig ist, lehnt aber die vorgeschlagene Übergangs-

einlage von 500 Millionen ab, weil sie zu hoch veranlagt und zu breit gefasst ist. Sie fordert eine Reduktion der Einlage und eine stärkere Abstufung nach Dauer der Anstellung im Kanton und nach Alter. Die SVP fordert eine paritätische Finanzierung der Unterdeckung. Seitens der Arbeitnehmer sind Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen vorzusehen. Der technische Zinssatz ist bei beiden Kassen auf 2,5 % oder allenfalls 2,75% zu senken. Das Rentenalter 65 für die BPK erachtet die SVP als selbstverständlich. Die SVP tritt für die Vollkapitalisierung ein, da eine Teilkapitalisierung das Problem nur in die Zukunft verschieben würde. Sie verzichtet auf eine Kommentierung der einzelnen Gesetzesartikel, da sie das vorliegende Gesamtpaket ablehnt.

Richtplananpassungen '12 (18.12.2012)

Die SVP betont, dass die Raumplanung eine ordinäre Aufgabe der Gemeinden ist und dass der Regierungsrat angehalten ist, hier Kompetenzverschiebungen nur mit Augenmass vorzunehmen. Betreffend Fruchtfolgeflächen verlangt die SVP zuerst eine Kartierung und Sichtbarmachung, bevor über deren Beanspruchung entschieden werden darf. Betreffend die Massnahme zur Schaffung der Voraussetzungen für den Umzug der Anstalt Hindelbank hat die SVP Bedenken, da in erster Linie auch hier wiederum Fruchtfolgeflächen verbraucht werden und da die Konzentration von unterschiedlichen Straftäter /-innen an einem Standort nicht unproblematisch ist.

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 31. Die Geschäftsleitung tagte 2012 12 Mal.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 29, zu. 2012 tagte der Parteivorstand 4 Mal. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden vom Parteivorstand im Jahr 2012 folgende Geschäfte behandelt:

- Ergänzungswahl in der Geschäftsleitung
- Finanzen
- Jahresbericht 2011
- Wahlanalyse Nationalrats- und Ständeratswahlen 2011
- Fahrplan Gross- und Regierungsratswahlen 2014
- Antrag Seeland: SVP-Logo
- DV der SVP CH im Kanton Bern – Termin und Ort
- Anträge Wahlkreise
- Wahl des neuen Parteipräsidenten bzw. der neuen Parteipräsidentin
- Vorbereitung der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober

Delegiertenversammlungen

Delegiertenversammlung Weisses Kreuz, Lyss

9. Februar 2012

- Ergänzungswahl in die Geschäftsleitung
 - a. Statutenanpassung
 - b. Wahl eines dritten Vizepräsidenten
- Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassungen:
 - Volksinitiative: «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»
 - Volksinitiative: «Bauspar-Initiative»
 - Volksinitiative: «6 Wochen Ferien für alle»
- Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)
- Bundesgesetz über die Buchpreisbindung
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

21. Mai 2012

- Finanzen
 - Rechnung 2011
 - Budget 2012
- Jahresbericht 2011
- Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassungen:
 - Volksinitiative: «Eigene vier Wände dank Bausparen»
 - Volksinitiative: «Staatsverträge vors Volk!»
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Alte Reithalle, Thun

22. August 2012

- Kant. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:
 - Optimierung der Förderung von Gemeindegemeinschaften (Verfassung / Gesetzesänderung)
 - Wiederholung der kantonalen Volksabstimmung vom 13. Februar 2011. Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (Teilrevision)
 - Kantonales Steuergesetz «Faire Steuern – Für Familien»
- Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassungen:
 - Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»)
 - Volksinitiative: «Sicheres Wohnen im Alter»
 - Volksinitiative: «Schutz vor Passivrauchen»
- Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Delegiertenversammlung Saalbau, Kirchberg

31. Oktober 2012

- Eidg. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:
 - Änderung vom 16. März 2012 des Tierseuchengesetzes
- Stabübergabe von Rudolf Joder als Parteipräsident
- Wahl des neuen Parteipräsidenten bzw. der neuen Präsidentin
- Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Fachkommissionen

Bau, Verkehr und Energie (BVE)

Die Fachkommission BVE der SVP blickt auf ein bewegtes Jahr zurück. Unmittelbar nach dem JA zu Mühleberg kam die grosse Diskussion um die künftige Ausrichtung der Energiepolitik mit der Katastrophe in Fukushima neu auf.

Im Rahmen der Debatten zu "Bern erneuerbar" im Grossen Rat haben sich die SVP-Mitglieder von Anfang an konsequent gegen eine Energie-Insel Bern und gegen Technologie-Verbote ausgesprochen. Sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag wurden bekämpft. Die taktische Abstimmung im Rat hat dann aber zu einer Abstimmungsbotschaft geführt, welche die Nein-Argumente vermissen liess. Dies wurde den Bemühungen der Kommissionsmitglieder und der ganzen Fraktion nicht gerecht. Daraus werden wir zu lernen haben.

Auch in Bezug auf die Bautätigkeit gab es viele direktionsübergreifende Geschäfte mit zu beurteilen. Die Investitionen konzentrieren sich immer stärker auf die Agglomeration, wenn nicht die SVP sich für die ausgewogene Entwicklung des Kantons einsetzt. Dabei gilt es aber auch immer, die Finanzen im Auge zu behalten. Wir blieben und bleiben am Ball.

Carlo Kilchherr, Grossrat, Thun

Erziehung (ERZ)

Im Jahr 2012 gehörten folgende Fraktionsmitglieder der internen ERZ-Kommission an: Sabina Geissbühler, Bethli Küng, Béatrice Struchen, Käthi Wälchli, Ueli Augstburger, Alfred Bärtschi, Peter Brand und Lars Guggisberg. Zur Vorberatung der ERZ-Geschäfte hat die Kommission jeweils vor den Fraktionssitzungen getagt.

In der Januarsession galt es hauptsächlich, zahlreiche aus dem Jahr 2011 verschobene Vorstösse zu erledigen. In der Märzsession gelangten mit dem Volksschutzgesetz VSG und dem Kantonalen Kulturförderungsgesetz KKFG zwei gewichtige Gesetzesvorlagen in den Rat. Die SVP trug massgeblich dazu bei, dass die Basisstufe nur freiwillig eingeführt wird. Anträge gegen die Einführung der Basisstufe blieben jedoch chancenlos. Gleiches galt für Anträge gegen eine teilweise Finanzierung von Schulsozialarbeit durch den Kanton. Letztlich wurde das VSG in der Schlussabstimmung klar angenommen. In der Junisession wurde das KKFG in zweiter Lesung debattiert und verabschiedet. In der Septembersession genehmigte der Grosse Rat einen Kredit für die

Durchführung der Berufs-Schweizermeisterschaften SwissSkills in Bern mit grossem Mehr. Ein mehrjähriger Verpflichtungskredit für das Zentrum Paul Klee ZPK wurde vorerst zurückgewiesen. In der Novembersession wurde der Kredit – gegen den Willen der SVP-Fraktionsmehrheit – schliesslich doch noch bewilligt. Gleichzeitig wurde jedoch eine Motion überwiesen, die von der Regierung einen Bericht verlangt, der über eine mögliche Zusammenarbeitsformen zwischen dem ZPK und dem Kunstmuseum Bern Auskunft gibt und eine Strategie aufzeigt, wie das ZPK mit den bisher gewährten Subventionen langfristig eine ausgeglichene Rechnung präsentieren kann.

Im Übrigen zeichnete die Kommission im vergangenen Jahr verantwortlich für die Ausarbeitung der Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die Anstellung der Lehrkräfte, das im Rahmen der Junisession 2013 im Grossen Rat in erster Lesung beraten wird.

Ich bedanke mich herzlich bei meinen Kommissionsmitgliedern für die spannende und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Finanzen und Verwaltung (FIN)

Im Jahre 2012 tagte die Kommission an fünf ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session sowie zusätzlich an einer Sondersitzung zur Vorbereitung von Anträgen für den Voranschlag 2013. Nebst der Behandlung der finanzrelevanten Vorstösse der einzelnen Sessionen behandelte die Kommission die nachstehend erfassten Schwerpunkte. Vorab jedoch noch eine Würdigung des denkwürdigen Abstimmungssonntags vom 23. September 2012: Die Senkung der Motorfahrzeugsteuern auf das Schweizerische Mittel wurde vom Berner Stimmvolk deutlich gutgeheissen! Von den grossen Parteien hatte nur die SVP dies unterstützt. Zudem wurden in einer weiteren Vorlage Steuererhöhungen abgelehnt und die Pauschalsteuern nicht abgeschafft, sondern nur verschärft. Besten Dank allen, die dazu beigetragen haben.

Steuergesetzrevision 2014: Bereits steht die nächste Steuergesetzrevision an, ausgelöst durch diverse formelle Änderungen, vor allem Anpassungen an das Bundesrecht. Bei dieser Gelegenheit wollen die bürgerlichen Parteien versuchen, die Steuern für Unternehmungen zu senken. Angesichts der schwierigen Finanzlage des Kantons ist dies nicht einfach. Es besteht aber massiver Handlungsbedarf, da der Kanton Bern auch bei diesen Steuern im schweizerischen Vergleich immer weiter zurückfällt, da die anderen Kantone mehr machen. Die SVP beantragt zudem, für die Landwirtschaftsbetriebe höhere Steuern wegen der neuen Bewertung im Zusammenhang mit den SAK zu verhindern. Die 2. Lesung findet erst im Jahr 2013 statt.

Die **Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer des HEV** beschäftigte die interne FiKo ebenfalls. Bei einer Annahme fallen Einnahmen von über 120 Millionen weg. Seitens der SVP würde eigentlich die Abschaffung dieser unsinnigen Steuer befürwortet. Wegen der Finanzlage helfen aber die anderen bürgerlichen Parteien nicht mit. Die Kommission hat nun einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, wonach die Handänderungssteuer bei Eigenheimen bis zu einem Betrag von Fr. 800'000.- wegfällt. Auch hier geht es erst im 2013 mit der Beratung im Grossen Rat und anschliessend einer Volksabstimmung weiter.

Die **Revision des Pensionskassengesetzes** betreffend die beiden grossen Kassen des Kantons wirft schon einige Zeit hohe Wellen. Es handelt sich um eine sehr komplexe und technische Vorlage und geht um Milliarden. Der längst fällige Primatwechsel soll vollzogen und die Kassen in ein finanzielles Gleichgewicht gesetzt werden. Gemäss Vorschlag des Regierungsrates soll fast ausschliesslich der Steuerzahler für die bestehende Unterdeckung der Kassen aufkommen. Die SVP hat bereits das Referendum angekündigt, wenn dies so vom Grossen Rat beschlossen wird. Auch hier folgt die Fortsetzung 2013, eine Volksabstimmung wäre erst 2014.

Voranschlag/Finanzplan: Die prekären Finanzen sind das Dauerthema im Kanton Bern und jedes Mal bei der Beratung des Voranschlages kommt es im November zur grossen Finanzdebatte. Die Regierung hat zwar tatsächlich für 2013 einen ausgeglichenen VA vorgelegt. Die SVP war aber in einigen Punkten mit der Opfersymmetrie nicht einverstanden. Einem SVP-Antrag ist es zu verdanken, dass die Schülertransporte des ländlichen Raumes weiterhin, wie damals versprochen, vom Kanton mitbezahlt werden, unter entsprechenden Kürzungen bei anderen Positionen (Kultur, Verwaltung). Weitere Anträge zur Schonung des ländlichen Raumes scheiterten. Die Regierung hat nun durch einen externen Spezialisten eine Angebots- und Strukturüberprüfung ASP vornehmen lassen. Alle sind gespannt auf deren Resultate und Empfehlungen. Der Kanton Bern ist gezwungen, seine Ausgaben (vor allem das Ausgabenwachstum) endlich in den Griff zu bekommen. Die SVP weist schon lange auf das grosse Sparpotential bei den Personalgemeinkosten und im Verwaltungsapparat hin.

Andreas Blank, Grossrat, Aarberg

Gesundheit und Fürsorge (GEF)

Das Jahr 2012 darf aus Sicht der GEF-Politik als Jahr der Berichte bezeichnet werden. Neben den bereits im abgelaufenen Berichtsjahr thematisierten Berichten zur Behindertenpolitik und zur Hausarztmedizin wurden dem Grossrat vier weitere Berichte vorgelegt:

- Untersuchung der OAK zu den Vorkommnissen am Spitalzentrum Biel
- Suchthilfekzept des Kantons Bern. Strategien und Massnahmen
- Liberale Lösungen für den Kanton Bern – Der Kanton führt keine Institutionen der Psychiatrieversorgung
- Integration fördern – das frühkindliche Potenzial besser ausschöpfen!
Für ein Frühförderungskonzept im Kanton Bern.

Das Suchthilfekonzept der GEF enthielt trotz bestehendem Auftrag keine Zeile zum Thema Repression, der 4. Säule der Suchtpolitik. Auf Antrag der SVP verabschiedete die zuständige Kommission einen Beschluss, wonach dieses „Kapitel“ nachgereicht werden muss. Leider fanden zahlreiche weitere Vorschläge der SVP zur Verbesserung des Konzeptes im Grossen Rat keine Mehrheit (Abstinenzförderung, Ausstieg aus den Drogen als Ziel).

Im Frühförderungskonzept stellte der Regierungsrat verschiedene Varianten der Umsetzung zur Wahl. Weil auch die schlankste aller Varianten mit erheblichen Neukosten verbunden ist, forderte die SVP-Fraktion eine Variante „Optimierung Status Quo“. Der Grosse Rat hat jedoch auch im Rahmen des Frühförderungskonzeptes Massnahmen angesprochen, welche erhebliche zusätzliche Budget- und Personalressourcen beanspruchen werden. Der Bericht zur Psychiatrieversorgung wurde mit kräftiger Unterstützung der SVP noch mit Planungserklärungen ergänzt. In einer ersten Planungserklärung wird der Kanton aufgefordert, die Verselbständigung der Psychiatrie konkret an die Hand zu nehmen. In einer weiteren Erklärung wird das Vorgehen genauer beschrieben. Unter anderem soll der Kanton nach Lösungen suchen, welche möglichst kostenneutral umgesetzt werden können.

In der Septembersession verabschiedete die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates einen dringlichen Vorstoss mit dem Titel: „Neues Spitalversorgungsgesetz mit anderen Inhalten“. Der Vorstoss wurde nötig, weil die GEF trotz breit abgestützter Kritik im Vernehmlassungsverfahren nicht bereit war, den Entwurf des Spitalversorgungsgesetzes substantiell zu korrigieren. Die Motion enthält als zentrale Forderungen u.a. den Verzicht auf Leistungsmengenbegrenzungen, Lenkungsabgaben und einen Ausgleichsfonds. Ebenfalls wird in der Motion – zum wiederholten Mal – die Umorganisation der Psychiatrieversorgung in privatrechtliche Aktiengesellschaften gefordert.

In der Novembersession bildete das Gesetz über die Integration der ausländischen Bevölkerung (Integrationsgesetz) den Schwerpunkt der GEF-Politik. Die

SVP-Fraktion beantragte, nicht auf das Gesetz einzutreten, was jedoch im Grossen Rat keine Mehrheit fand. Die SVP stellte danach zahlreiche Abänderungsanträge. Stellvertretend sei an dieser Stelle die Forderung nach Streichung von Art. 16 erwähnt. Anstatt die zu integrierenden Personen stärker in die Pflicht zu nehmen, fordert dieser Artikel Leistungen von den Arbeitgebern. Die SVP-Fraktion wird ihre Verantwortung im Integrationsgesetz auch in der zweiten Lesung wahrnehmen – und wenn nötig auch noch darüber hinaus.

Donat Schneider, Grossrat, Diessbach

Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)

Der Entscheid der Fraktion, die Kommissionssitzungen jeweils in der ersten Stunde der Fraktionssitzung abzuhalten, hat sich zumindest für den JGK-Ausschuss als richtig und zweckmässig herausgestellt. Die ordentlichen Geschäfte können so kurz angesprochen und diskutiert werden. Da meistens auch unser Regierungsrat und Justizdirektor anwesend ist, erhält der Ausschuss jeweils wertvolle Informationen zu den anstehenden Geschäften und Vorstössen.

Im Hinblick auf die **Januarsession** wurde über die Änderung der Verfassung zur Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen debattiert. Die SVP hat sich klar gegen das Ansinnen von mehr Zwang zu Fusionen ausgesprochen und setzte sich dafür ein, dass man beim alten Gemeindefusionsgesetz, das seit 2005 in Kraft ist, bleiben sollte. Gegen die geschlossenen Stimmen der SVP wurde der Nichteintretens-Antrag deutlich abgelehnt. In der Folge wurden auch die von uns teilweise schon in der Kommission eingebrachten Streichungsanträge in verschiedenen Artikeln generell abgelehnt. So wurde letztlich in der Schlussabstimmung die Verfassungsänderung gegen den Willen der geeinten SVP-Fraktion in der ersten Lesung angenommen.

Unbestritten blieb das Gesetz über die Pärke von nationaler Bedeutung und das Weltnaturerbe (PWG). Mit dem neuen Gesetz wird eine dauerhafte Rechtsgrundlage für die kantonale Förderung von Pärken von nationaler Bedeutung und des Weltnaturerbes geschaffen und die Aufgabenteilung zwischen den Gemeinden und den Pärken bzw. Weltnaturerbe-Trägerschaften im Kanton geregelt. Das Gesetz soll 2013 die bestehenden Einführungsverordnungen für die Pärke ablösen.

Anders war es bei der 2. Lesung des Gesetzes über den Kindes- und Erwachsenenschutz (KESG). Hier war vor allem die Kostenfrage ein grosses Thema. Wollte doch die Regierung zwar die kantonale Lösung, bei den Kosten jedoch die Gemeinden in die Pflicht nehmen. Nach unserer Auffassung kommt hier das Motto: „Wer zahlt befiehlt“ oder in diesem Fall: „Wer befiehlt – zahlt“ zum Tragen. Diese Haltung hat auch bereits die vorbereitende Kommission angenommen. Der Rat folgte dieser dann auch in allen Teilen. In der Schlussab-

stimmung wurde das Gesetz in der 2. Lesung mit 142 Stimmen deutlich angenommen.

Wenig politischen Diskussionsstoff gaben die Geschäfte für die **Märzsession**, es waren dies der Bericht der Justizkommission 2011 und die Änderung des Gemeindegesetzes (GG). Bei Letzterer ging es darum, den Grundsatzentscheid zu fällen, ob das Harmonisierte Rechnungsmodell HRM2 bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften des Kantons Bern eingeführt werden soll oder nicht. Mit öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind insbesondere Einwohnergemeinden gemeint, aber auch Kirchgemeinden, Burgergemeinden und Gemeindeverbände wären davon betroffen. Bei der Definition des Rechnungsmodells sind vor allem fachliche und technische Gründe massgebend. Nicht zuletzt aus diesem Grund war in der Kommission nicht gerade viel Herzblut und Euphorie über die Thematik zu verspüren. Es ging vielmehr darum, das heute in allen öffentlich-rechtlichen Körperschaften angewendete HRM1 – man nennt es zuweilen auch Neues Rechnungsmodell NRM – durch eine neue Generation abzulösen. Nicht zuletzt soll daraus eine Harmonisierung und damit bessere Vergleichbarkeit der Rechnungslegung in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene resultieren. Der Rat stimmte letztlich der Gesetzesänderung deutlich zu.

In der 2. Lesung über die Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Verfassungsänderung) unterlag die SVP erneut in allen Punkten und in der Schlussabstimmung wurden die Verfassungsänderung und die Gesetzesänderung deutlich angenommen.

Auch in dieser Session wurde ein Postulat gutgeheissen, in welchem die Bildung einer Regionalkonferenz Berner Jura gefordert wird.

In der **Junisession** wurde der Bericht über die Umsetzung der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung und der Justizreform vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen. Weiter war die Umschreibung der evangelisch-reformierten, der römisch-katholischen und der christkatholischen Kirchgemeinden des Kantons Bern ein Thema.

Neben der Gesetzesänderung über die Landeskirchen (Kirchengesetz) in der **Septembersession** war das Kreditgeschäft über den Nachkredit für die Bereitstellung der nötigen Mittel im Zusammenhang mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz (KESB) ein umstrittenes Thema. Da die Regierung ursprünglich das Kommunale Modell favorisierte, stellte er im Budget nicht genügend Mittel ein, um ein Kantonales Modell zu finanzieren. Mit dem neuen Modell werden auf der Ebene der Verwaltungskreise elf KESB geschaffen. Deshalb brauchte es einen Nachkredit von 5,3 Mio. Franken. Mit dem Entscheid, das kantonale Modell einzuführen, hat das Parlament diesen Nachkredit eigentlich selber verursacht. So wurde der Kredit denn auch mit 99 zu 20 Stimmen bei 22 Enthaltungen genehmigt.

In der **Novembersession** schliesslich gab es das Gesetz und Dekret über die Bereinigung und Aktualisierung der Justizreform zu beraten. Am 1. Januar 2011 trat im Kanton Bern die neue Justizorganisation in Kraft. Diese wurde grundlegend in zwei neuen Gesetzen geregelt, und zwar im Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG) und im Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (EG ZSJ). Abgesehen vom Erlass der zwei neuen Gesetze mussten im Zuge der Reform 29 andere Gesetze und zahlreiche Dekrete und Verordnungen indirekt angepasst oder geändert werden. Bei einem so grossen Gesetzgebungsprozess liess es sich deshalb nicht vermeiden, dass die eine oder andere an sich notwendige Anpassung ohne böse Absicht vergessen ging. Neben diesen Versäumnissen haben sich in den neuen Vorschriften auch einzelne Widersprüche, Unstimmigkeiten oder Unklarheiten eingeschlichen. Zudem haben die Erfahrungen seit der Einführung im Januar 2011 gezeigt, dass die eine oder andere Prognose und Annahme nicht ganz zutreffend war. Jetzt lag eine Bereinigungsvorlage vor, welche die verschiedenen Mängel, Widersprüchlichkeiten und Unstimmigkeiten beheben, ergänzen, konkretisieren, präzisieren, ersetzen, streichen oder auch redaktionell angleichen soll. Mit dieser Vorlage sollten die vom Grossen Rat seinerzeit zur Justizreform getroffenen Entscheide keinesfalls in Frage gestellt werden. Nach der Eintretensdebatte konnte dann ohne weitere Wortmeldungen abgestimmt werden. Diesen Anpassungen wurden einstimmig genehmigt. Walter Messerli orientierte den JGK-Ausschuss über die im Januar 2013 zur 1. Lesung anstehende Parlamentsrechtsrevision, welche für die Ratsarbeit doch erhebliche Änderungen mit sich bringen wird. Dazu mehr im nächsten Jahresbericht.

Ich bedanke mich bei den JGK-Ausschussmitgliedern für die wohlwollende Aufnahme als Präsident und für die aktive Mitarbeit.

Ueli Jost, Grossrat, Thun

Polizei und Militär (POM)

In der Kommission wurden 2012 folgende Schwergewichte behandelt: Prostitutionsgesetz; Asylgesetz; Teilrevision Polizeigesetz; Kantonales Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz.

Die Kommission durfte auch neue Mitglieder begrüessen. Neu in der Kommission sind Grossrat Moritz Müller und Herr Reto Schertenleib. Herr Schertenleib ist der neue Betriebsleiter des Waffenplatzes Bern. Er ist der Nachfolger von Hans-Ulrich Born.

In jeder Sitzung wurde zudem über die laufenden Geschäfte im Grossen Rat informiert und diskutiert.

Die SVP POM-Kommission ist stolz darauf, dass drei Motionen aus unseren Reihen vom Grossen Rat angenommen wurden, welche alle dazu beitragen werden, dass die öffentliche Sicherheit erhöht und eine effiziente Polizeiarbeit ermöglicht werden.

Nun müssen wir abwarten, wie unsere Forderungen ins in Revision stehende Polizeigesetz aufgenommen werden. Vor allem die Aufnahme der Forderungen der vom Grossen Rat angenommenen Motion 197- 2010: „Schaffen von Rechtsgrundlagen für die verdeckte Ermittlung durch die Polizei“ (Geissbühler, Blank), wird viel zum Schutze von Kindern und Jugendlichen beitragen. Die Möglichkeit einer verdeckten Fahndung wird zukünftig Straftaten im Vorfeld eines Strafverfahrens verhindern können.

Auch die angenommene Motion 075- 2010: „Vernichtung von Drogenhanf als Jugendschutz- und Sicherheitsmassnahme“ wird in Zukunft gefährliches und kriminelles Gefährdungspotential für die Bevölkerung verhindern können.

Die vorgeschlagene neue Regelung der Überwälzung von Kosten für polizeiliche Leistungen und Aufwendungen auf Personen, welche durch grobfahrlässiges Handeln oder selbst verschuldete Unzurechnungsfähigkeit entstanden sind, begrüsst die SVP-POM-Kommission ebenfalls. Die neue Gesetzesbestimmung nimmt die Forderungen der vom Grossen Rat angenommenen Motion 076-2010: „Schluss mit Komasaufen und Drogenrausch auf Kosten der Allgemeinheit“ (Geissbühler, Fuchs) auf.

Beirat Stefan Krebs (Polizei) gab aus beruflichen Gründen den Austritt aus der Kommission. Es konnte bis jetzt noch kein Nachfolger gefunden werden. Am 05.09.2012 fand ein gemeinsames Mittagessen der Kommission mit Regierungsrat Hans-Jürg Käser statt.

Die Kommission umfasst folgende Grossräte, resp. Grossrätin: Christian Hadorn (Präsident), Thomas Fuchs (Vizepräsident), Sabina Geissbühler, Alfred Gerber, Samuel Graber, Willy Marti, Hans Rösti, Hans Schmid, Jürg Schürch und Moritz Müller. Als "Beiräte" wirken: Fabian Bader (Militär / Sekretär), Reto Schertenleib (Militär), Hans-Ulrich Born (Militär), Peter Frick (Feuerwehr) und Hans Ulrich Grossniklaus (Feuerwehr).

Der Präsident dankt den Beiräten für ihren Einsatz und das Mitwirken in der Kommission.

Christian Hadorn, Grossrat, Ochlenberg

Volkswirtschaft (VOL)

An mehreren Sitzungen wurden das Hundegesetz sowie die erste Lesung des Waldgesetzes besprochen. Zu einem grossen Teil konnten die Anliegen der SVP eingebracht werden.

Doch muss immer wieder mit Nachdruck auf die produzierende Wirtschaft und Landwirtschaft hingearbeitet werden. Die Zusammenarbeit der Bürgerlichen funktionierte etwas besser als im 2011.

Weitere Themen waren unter anderem die Standardarbeitskräfte in der Landwirtschaft, Lohndumping im Kanton Bern, Schutz der Berner KMU vor Schwarzarbeit, Partikelfilterpflicht für alle Nutzfahrzeuge, Aufhebung der Schontage für Pilze sowie Massnahmen zum Erhalt der Fischbestände im Brienersee.

Die Terminfindung für Sitzungen gestaltet sich bei den vielen Terminen sehr schwierig. Die Kommissionssitzung zu Beginn des ersten Fraktionstages hat sich dieses Jahr bewährt. Vor den Kommissionssitzungen muss mit den Mitgliedern unbedingt eine Sitzung zum betreffenden Geschäft durchgeführt werden, damit man geint auf das Geschäft Einfluss hat. Verantwortlich für diese Sitzung ist sinnvollerweise der Sprecher.

Im 2013 ist ein Besuch der Volkswirtschaftsdirektion vorgesehen, damit wir unsere Ansprechpartner besser kennen lernen.

Ich möchte es nicht unterlassen, meinen Mitgliedern in der Volkswirtschaftskommission für Ihren Einsatz bestens zu danken.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

SVP Frauen Kanton Bern

Nach 100 Tagen der neuen Legislatur im Bundeshaus gaben uns die Nationalrätinnen Andrea Geissbühler und Nadja Pieren im April einen Einblick in ihren Alltag in Bundesbern. Am öffentlichen Anlass in Schönbühl konnte das interessierte Publikum den beiden engagierten Frauen unter der Leitung von Marlène Geiser viele Fragen stellen und Anliegen an die Frau bringen. Der spannende Austausch wurde von allen Beteiligten sehr geschätzt!

Während den Sommerferien nominierten die SVP Frauen ihre Präsidentin Jolanda Brunner für die Nachfolge von Rudolf Joder als Kantonalpräsidentin. Zum ersten Mal kandidierte eine Frau für dieses wichtige Amt. Es folgte eine interessante Ausmarchung, die zuletzt von Werner Salzmännli gewonnen wurde. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten klappt sehr gut und wir wünschen ihm für die Tätigkeit viel Befriedigung. Wir danken allen, die sich tatkräftig für unsere Frauenkandidatur stark gemacht haben.

Im Herbst erschien in den Berner Tageszeitungen ein Artikel über die Präsenz an den Sitzungen im Nationalrat. Namentlich erwähnt wurden die "Schwänzer". Unsere zuverlässigen, stillen Schafferinnen Andrea Geissbühler und Nadja Pieren, die am häufigsten präsent waren, wurden nicht erwähnt. Dies veranlasste den Vorstand dazu, mit einem Leserbrief zu reagieren und unseren Frauen ein Kränzchen zu winden.

Auch im vergangenen Jahr wurden im Berner Journal verschiedene engagierte SVP Frauen porträtiert. Wir benutzen diese Plattform gerne, um die Frauen bekannter zu machen und andere Frauen zu ermutigen.

Um die Vernetzung der SVP Frauen besser gewährleisten zu können, wurde die Datenbank im vergangenen Jahr überarbeitet. So können jetzt viele Frauen direkt per Mail angeschrieben werden. Es können Meinungen zu spezifischen Themen eingeholt werden und wir können ohne grossen finanziellen Aufwand auf interessante Anlässe hinweisen.

Ich danke allen Vorstandsfrauen ganz herzlich für die engagierte Mitarbeit!

Jolanda Brunner, Präsidentin, Gemeinderätin, Spiez

JSVP Kanton Bern

Die Junge SVP Kanton Bern ist initiativfähig!

Bereits zu Jahresbeginn konnte die JSVP Kanton Bern einen grossen Erfolg feiern. Sie reichte mit über 16'000 Unterschriften die kantonale Volksinitiative

„keine Einbürgerungen von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern“ ein. Damit fordert die JSVP eine Verschärfung der Einbürgerungskriterien und Mindestanforderungen bezüglich Kenntnisse in Sprache, Staatskunde und Geschichte. Mit der Einbürgerungsinitiative bewies die JSVP, dass sie initiativfähig ist. Damit gelingt der JSVP Kanton Bern als erster Berner Jungpartei überhaupt das Zustandekommen einer kantonalen Volksinitiative.

Die JSVP Kanton Bern betätigte sich aber auch weiterhin an Unterschriftensammlungen, so unter anderem für die Durchsetzungsinitiative und für die Goldinitiative. Daneben lud die JSVP zu zahlreichen Veranstaltungen ein. Äusserst erfolgreich war der Parlamentarierclub mit Beat Kappeler als diesjährigen Referenten. Der Grillabend in Bümpliz und das JSVP Feldschieszen sind sehr beliebt. Auch beim gesellschaftlichen Anlass, dem Besuch der Felsenau-Brauerei, zeigte die JSVP, dass sie das gemütliche Miteinander pflegt.

Der Herbst stand im Zeichen der Abstimmungs-Wiederholung über die Motorfahrzeugsteuern. Mit Standaktionen in allen Kantonsteilen bekämpfte die JSVP Kanton Bern erneut erfolgreich die Ecotax-Vorlage. Ein weiteres verkehrspolitisches Projekt ist der Kampf gegen die Tempo-30-Zone in Münsingen. Mit einer Doppel-Initiative bekämpfte die JSVP die Einführung von flächendeckenden Strassen-Schikanen. Beide Initiativen konnten innert kürzester Zeit erfolgreich eingereicht werden und kommen 2013 zur Abstimmung.

In den Städten Bern, Biel und Langenthal fanden im 2012 auch Wahlen statt, an der die JSVP sehr erfolgreich war. So wurde in Langenthal Patrick Freudiger mit einem Glanzresultat wiedergewählt. In Bern schaffte Erich Hess die Rückkehr in den Stadtrat mit einer hohen Stimmzahl und wird nun im kantonalen wie auch im städtischen Parlament aktiv sein. Sehr erfreulich ist auch das Resultat im Seeland. Im nicht mehr so roten Biel schaffte die SVP den Sprung in den Gemeinderat. Das jüngste Mitglied im Stadtrat ist die Wahlkreisleiterin der JSVP Biel-Seeland, die 21-jährige Sandra Schneider, die einen sehr engagierten Wahlkampf betrieb. Sie schaffte den Sprung ins Stadtparlament auf Anhieb. Die JSVP Kanton Bern gratuliert den Neu- und Wiedergewählten herzlichst und wünscht viel Erfolg im jeweiligen Amt.

Der grosse Erfolg der Jungen SVP Kanton Bern ist der Lohn für harte Arbeit. Mit Standaktionen und Unterschriftensammlungen ist die JSVP immer nahe an der Bevölkerung. Dieser Einsatz muss auch im neuen Jahr fortgesetzt werden. Wir wollen unsere Aktivitäten wo immer möglich ausbauen. Mit neuen Kräften im Vorstand können wir unsere Ziele für 2013 erfüllen.

Erich J. Hess, Präsident, Stadtrat, Bern

SVP Senioren Kanton Bern

Die Zahl der Mitglieder hat sich erfreulicherweise von 151 auf 168 erhöht, diejenige der Sympathisanten ist von 97 auf 89 zurückgegangen.

Die üblichen Abgänge der Mitglieder infolge Tods und hohen Alters konnten durch Neueintritte gut kompensiert werden.

Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen alle neuen Mitglieder und Sympathisanten willkommen.

Die Hauptversammlung vom 15. Februar 2012 hat den Mitgliederbeitrag unverändert bei Fr. 20.00 für Einzelpersonen und Fr. 30.00 für Ehepaare belassen. Von Sympathisanten wird ein gleich hoher freiwilliger Beitrag erwartet.

Im Rahmen der Hauptversammlung wurde das Thema: "SVP – Heute und Morgen" behandelt. Nach Referaten von NR Rudolf Joder, NR Nadja Pieren und GR Peter Brand erfolgte eine lebhafte Diskussion.

Am Mittwoch, 8. August 2012 haben wir uns nachmittags zu unserem Sommeranlass in Thun getroffen. Unter Leitung qualifizierter Instruktoeren erfolgte eine Besichtigung von Panzersimulatoren und der Sammlung historischer Panzer mit anschliessendem Apéro. GR Manfred Bühler, Cortébert, orientierte zum Thema der Volksinitiative "Sicheres Wohnen im Alter".

Am Sonntag, 28. Oktober 2012 führten wir ab 10.00 Uhr im Hotel National in Bern zusammen mit den SVP Frauen, der Jungen SVP und unter dem Patronat der Kantonalpartei den 3. Berner SVP-Frühshoppen durch zum Thema: "Bürgerliche Zusammenarbeit im Kanton Bern – Illusion oder Notwendigkeit". Unter Leitung von Rudolf Burger, Redaktor beim „Bund“, diskutierten die Fraktionspräsidenten unserer SVP, der FDP, der EDU und der BDP und anschliessend mit den anwesenden Besuchern dieses stets aktuelle Thema. Vorgängig referierte unsere NR Nadja Pieren zum Thema und zum Abschluss stellte NR Rudolf Joder fest, dass eine gute Zusammenarbeit dieser vier Parteien für bürgerliche Mehrheitsverhältnisse im Kanton Bern dringend nötig sei.

Sozialpolitisch waren auch im vergangenen Jahr leider keine Fortschritte von Bedeutung zu verzeichnen. Wir hoffen, dass das Bundesparlament die erforderlichen Entscheide für eine langfristige, solide Finanzierung der AHV nicht erneut auf die lange Bank schiebt.

In der Sitzung des Vorstandes und der Konferenz der SVP Senioren haben wir aktuelle Seniorenthemen bearbeitet.

Die Besucherzahlen auf unserer Homepage www.svp-senioren.ch haben sich erfreulicherweise weiterentwickelt. Die Homepage wird auch für künftige Wahlen gute Dienste leisten.

Rudolf Graf, Präsident, Aarwangen

Wahlkreise

Jura bernois

Après les intenses activités en vues des élections au Conseil national et au Conseil des Etats de 2011, l'année 2012 a été relativement calme en matière de campagnes électorales puisque seuls des renouvellements au niveau communal étaient programmés. A ce sujet, un bon travail de terrain a permis à l'UDC d'obtenir d'excellents résultats, notamment à Corgémont, où notre parti a décroché la majorité absolue au Conseil municipal. A Malleray, les positions ont globalement été tenues grâce au bon travail de notre jeunesse. A La Neuveville toutefois, les résultats ont été quelque peu en demi-teinte, dans la mesure où les objectifs n'ont pas été atteints, notamment par la perte d'un siège au conseil municipal. Les bons résultats des jeunes sont cependant porteurs d'espoir pour l'avenir de l'UDC dans cette localité des bords du lac de Biene.

L'année 2012 a permis à l'UDC du Jura bernois de continuer à s'affirmer comme le seul parti véritablement antiséparatiste, notamment par les actions de ses représentants au Grand Conseil, au Conseil du Jura bernois (CJB) et à l'Assemblée interjurassienne (AIJ) ainsi que par des initiatives ponctuelles, le tout bien relayé par la presse régionale. Au cas particulier, il est certain que les efforts entrepris dans ce dossier, à l'image de la motion Blanchard/Hadorn acceptée par le Grand Conseil, porteront encore de nombreux fruits à l'avenir.

Nous avons néanmoins dû rendre acte de la démission du député Pierre-André Geiser, par ailleurs maire de Tavannes, pour cause de surcharge de travail. Il a été remplacé par Anne-Caroline Graber, laquelle a d'ores et déjà eu l'occasion de porter haut les couleurs de notre parti.

Au cours de l'année 2012 et comme à l'accoutumée, le comité directeur de l'UDC du Jura bernois s'est réuni à plusieurs reprises avec une participation toujours réjouissante et dans une ambiance très constructive. Une rencontre a également été organisée avec l'UDC du canton du Jura pour confronter les positions et harmoniser les interventions. Aujourd'hui, force est de constater avec satisfaction que les deux mamelles, qui sont la cohésion et la camaraderie, prennent encore et toujours une place très importante au sein de l'UDC du Jura bernois, mais qu'il s'agit d'entretenir sans relâche. L'assemblée générale bien revêtue, organisée au mois mars, a vu la participation du Conseiller d'Etat Christoph Neuhaus qui s'est exprimé sur la déclaration d'intention des gouvernements bernois et jurassien concernant l'avenir institutionnel de la région. A ce sujet, l'année 2013 sera cruciale et l'UDC du Jura bernois devra jeter toute son énergie dans la bataille qui s'annonce rude et sans compromis. Des discussions menées, notamment avec la présidence de l'UDC du canton de Berne, il ressort toutefois que nous pourrons compter sur nos amis de

l'ensemble du canton dans ce combat qui doit permettre à la population du Jura bernois d'affirmer, une fois encore, son attachement irrémédiable au canton de Berne et préparer ainsi la campagne des élections cantonales et régionales de 2014 dans les meilleures conditions. Je tiens ici à remercier chaleureusement toutes celles et tous ceux qui ont oeuvré sans relâche aux succès collectifs et personnels dont l'UDC du Jura bernois a été gratifié en 2012.

Claude Röthlisberger, président, Reconvilier

Biel-Seeland

Mit sich nicht politisieren lassen, sondern als politische Partei ein kompetenter Ansprechpartner für unsere Bürger zu sein, das ist unser Ziel. Mit dem ländlich geprägten Seeland und der Stadt Biel ergeben sich zum Teil grosse Unterschiede der Interessen, welche es auf einen guten Konsens unserer bürgerlichen SVP-Linie zu bringen gilt! Mit dem Gewinn eines Gemeinderatssitzes in Biel und guten bis sehr guten Wahlergebnissen in anderen Gemeinden dürfte uns dies auch dank sehr guter Arbeit der Ortssektionen gelungen sein. In einzelnen Gemeinden, wo andere Parteien stark vertreten sind, müssen wir bessere Resultate anstreben. Unser Wahlkreis versucht, unsere Sektionen mit Rat und Tat zu unterstützen, sei es administrativ, bei Wahlen oder Anlässen. So wurde z. B. eine Sektion „Grosses Moos“ gegründet, um die Mitglieder von sehr kleinen Sektionen zu betreuen. Es muss aber auch unbedingt darauf geachtet werden, dass solche „Neugründungen“ bestehende Ortssektionen nicht konkurrieren. Mit diversen Anlässen im ganzen Wahlkreisgebiet wie dem Surchabis-Abe in Biel, Treberwurstessen in Ligerz, Podiumsgesprächen der Sektion Jolimont, Politapero in Aarberg und an der Bieler Messe wollen wir unser Ziel, bürgernah zu sein, erreichen. Damit sind wir auch in „Nicht-Wahljahren“ präsent und können einen guten Grundstein für die kommenden Wahlen legen.

Martin Schlup, Präsident, Grossrat, Schüpfen

Emmental

Obwohl im Jahr 2012 keine eidgenössischen und kantonalen Wahlen durchgeführt wurden, liefen unsere Tätigkeiten in gewohnt geordnetem Rhythmus. An vier Vorstandssitzungen und vier Parteiversammlungen, letztere werden jeweils von 40 bis 60 Personen besucht, erledigten wir unsere Parteigeschäfte und nahmen zu kantonalen und eidgenössischen Vorlagen Stellung.

An der Oktober-Parteiversammlung hörten wir uns die Kandidatin Jolanda Brunner und die Kandidaten Peter Brand, Markus Lüscher und Werner Salzmann fürs Präsidium der Bernischen SVP an. Von den Sammlungsteilneh-

mern wurde sehr positiv aufgenommen, dass sich vier absolut qualifizierte Persönlichkeiten um dieses Amt bewarben.

Mit Freude konnte die SVP Emmental die Wahlergebnisse der Ende 2012 stattgefundenen Gemeindewahlen zur Kenntnis nehmen. In Kirchberg und Koppigen nominierten nach den Wahlen die SVP Ortsparteien sogar noch Kandidaten nach, um die neu gewonnenen Gemeinderatssitze zu besetzen. In Kirchberg konnte zudem Marianne Nyffenegger den Gemeindepräsidenten-Sitz von Werner Wyss mit Bravour gewinnen.

Den Vorstandssitz der demissionierenden Lydia Horisberger konnten wir mit dem aus der Region Thun zugezogenen, sehr kompetenten Christoph Peter besetzen.

Für die Gesamterneuerungswahlen der Regierungsratsmitglieder stellt sich unser bisheriger bewährter SVP-Regierungsratsmitglied Markus Grossenbacher zur Wiederwahl.

Schliesslich sind wir mit unserem Wahlteam unter der Leitung von Nationalrätin Nadja Pieren für die Regierungs- und Grossratswahlen 2014 auf Kurs. Die Gemeindewahlen im Emmental haben klar aufgezeigt, dass man mit Persönlichkeiten auf der SVP-Liste Wahlen gewinnen kann. Bleiben wir weiterhin dran.

Andreas Aebi, Präsident, Nationalrat, Alchenstorf

Oberaargau

Das Jahr 2012 stand für die SVP Oberaargau im Zeichen der Abstimmung zur Regionalkonferenz im Oberaargau und die Wiederholungsabstimmung über das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge. Zudem fanden im Herbst die Wahl des neuen Präsidenten der SVP Kanton Bern sowie in mehreren Sektionen Gemeindewahlen statt.

Regionalkonferenz Oberaargau: Abstimmung vom 11. März 2012:

Der Wahlkreis Oberaargau hat anlässlich dieser Abstimmung über die Einführung einer Regionalkonferenz Oberaargau abgestimmt. 54% der Stimmenden befürworteten die Einführung, diese scheiterte aber am Gemeindemehr, da 28 der 47 Gemeinden die Einführung der Regionalkonferenz abgelehnt haben.

Die Delegierten der SVP Oberaargau haben nach intensiver Diskussion mit 36 zu 32 Stimmen ein NEIN zur Regionalkonferenz beschlossen.

Wiederholung: Abstimmung über das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge vom 23. September 2012:

Aufgrund einer gutgeheissenen Wahlbeschwerde der Grünen Kanton Bern musste die kantonale Abstimmung über das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge am 23. September 2012 wiederholt werden. Bei der ersten

Abstimmung im Jahr 2011 wurden sowohl die Volksinitiative wie auch die Vorlage des Grossen Rates gutgeheissen. Die Volksinitiative gewann in der Stichfrage mit 134 Stimmen Vorsprung. Das Stimmvolk im Kanton Bern zeigte den Unmut über die Wahlwiederholung. So wurde der Volksvorschlag am 23. September 2012 mit 53.8% angenommen und die Vorlage des Grossen Rates mit 55.1% abgelehnt.

Die Delegierten der SVP Oberaargau haben einstimmig die Annahme des Volksvorschlages sowie die Ablehnung der Vorlage des Grossen Rates beschlossen. Die SVP Oberaargau freute sich zusammen mit dem Initianten des Volksvorschlages, Hannes Flückiger, Auswil, über den Abstimmungssieg und dankt Hannes Flückiger für seinen Einsatz.

Wahlherbst 2012:

Im Herbst 2012 fand die Wahl des neuen Präsidenten der SVP Kanton Bern statt. Der Vorstand der SVP Oberaargau hat für diese Wahl die Stimmfreigabe beschlossen. Am 31.10.2012 haben die Delegierten der kantonalen SVP Werner Salzmann zum neuen Präsidenten der SVP Kanton Bern gewählt. Die SVP Oberaargau gratuliert Werner Salzmann zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg für das neue Amt.

In mehreren Gemeinden im Wahlkreis Oberaargau fanden im Herbst 2012 Gemeindewahlen statt. Die SVP Sektionen konnten sich in der Summe, trotz Konkurrenz aus der BDP, gut behaupten. Die Wahlergebnisse sind im Hinblick auf die kommenden Grossratswahlen ein positives Signal, dass die Politik der SVP im Oberaargau anerkannt und geschätzt wird.

Delegierten- und Hauptversammlung:

Die Delegierten der SVP Oberaargau trafen sich im Jahr 2012 zu drei Delegierten- und einer Hauptversammlung.

Schwerpunkte der Versammlungen waren neben den oben erwähnten Ereignissen die jeweiligen eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen. Die SVP Oberaargau kann immer wieder namhafte Referentinnen und Referenten anlässlich dieser Versammlungen begrüßen und dankt allen für ihr Engagement.

Weitere Veranstaltungen:

Im Juni 2012 waren die Sektionspräsidentinnen und -präsidenten zur 5. Präsidentenkonferenz eingeladen. Anlässlich dieser Konferenz in Herzogenbuchsee hielt NR Rudolf Joder ein Referat zur Strategie der SVP Kanton Bern zu den bevorstehenden Regierungsrats- und Grossratswahlen 2014. Im Weiteren informierte er über Aktuelles aus der kantonalen SVP.

Die SVP Oberaargau beschloss an dieser Konferenz einen Ehrenkodex, die „Buchser Charta“, im Bewusstsein, dass eine starke SVP Oberaargau aus starken Sektionen mit starken Persönlichkeiten und funktionierender Zusammenarbeit besteht.

Der Verwaltungskreis Oberaargau umfasste per 01.01.2013 insgesamt 47 Gemeinden. Es bestanden 28 SVP-Sektionen, welche in 34 Gemeinden aktiv waren.

In fünf Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte der SVP Oberaargau behandelt, beraten und verabschiedet.

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg
Daniel Amacher, Sekretär a. i. SVP Oberaargau

Bern-Mittelland

Das Jahr 2012 war nach den zahlreichen personellen Veränderungen in der SVP Bern-Mittelland ein Jahr der Konsolidierung. Einzig Rudolf Joder, der das Kantonalpräsidium Ende Jahr abgab, schied aus dem Vorstand aus, dem er von Amtes wegen angehörte. Der neue Kantonalpräsident stammt erfreulicherweise wiederum aus dem Mittelland. Ich begrüsse Werner Salzmann herzlich im Vorstand und wünsche ihm viel Erfolg bei der Ausübung seiner ehren- und anspruchsvollen Aufgabe.

Das Jahr 2012 begann für uns sehr erfreulich. Jean-Pierre Vicari aus Münchenbuchsee wurde anlässlich der Januarsession des Grossen Rates mit einem sehr guten Resultat von 122 Stimmen als Oberrichter gewählt, nachdem es vor Jahresfrist wegen einer einzigen Stimme nicht geklappt hatte. Er hat sein Amt Anfang Juli 2012 angetreten. Vorher hat er als Gerichtspräsident am Regionalgericht Bern-Mittelland gearbeitet und als Obergerichtssuppleant gearbeitet. Ich wünsche Jean-Pierre Vicari viel Erfüllung und Befriedigung bei der Ausübung seiner neuen Tätigkeit als Oberrichter.

Weniger erfreulich entwickelte sich ein Grossratsgeschäft im Zusammenhang mit der Regionalkonferenz, wo den drei einwohnerstärksten Gemeinden Bern, Köniz und Ostermundigen stimmenmässig sehr hohes Gewicht zukommt. Ein Vorstoss aus den Reihen der SVP verlangte, die Stimmkraft von einwohnerstarken Gemeinden auf maximal 15 zu beschränken, damit auch kleine und mittlere Gemeinden bei Abstimmungen in der Regionalkonferenz ein faires Mitspracherecht haben. Die Motion stiess bei keiner anderen Fraktion auf Zustimmung, weshalb sie mangels Aussicht auf Erfolg zurückgezogen werden musste. Zur Erinnerung: Ein Jahr zuvor wurde eine SVP-Motion, die eine Aufteilung des Verwaltungskreises Bern-Mittelland analog den Wahlkreisen verlangte, lediglich als Postulat überwiesen. Der Vorstand hat beschlossen, sich künftig vermehrt und vertieft mit den Traktanden und Beschlüssen der Regionalkonferenz auseinandersetzen zu wollen, weil viele dieser Inhalte für das gesamte Mittelland relevant sind. Zu diesem Zweck wird Peter Bill, Gemeindepräsident von Moosseedorf, neu im Vorstand mitarbeiten und so als Bindeglied zur Regionalkonferenz wirken.

Die SVP Bern-Mittelland führte 2012 zwei Vorstandssitzungen und eine Delegiertenkonferenz durch. Für politischen Diskussionsstoff sorgten unter anderem die Schliessung der Halenstrasse, die geplante Siedlung der Stadtnomaden bei der Neubrück, das Projekt Tram Region Bern, die Weiterentwicklung Regionales Tramkonzept 2030 und die inzwischen von der Stimmbevölkerung angenommene Grossfusion der acht Gemeinden Büren zum Hof, Etzelkofen, Fraubrunnen, Grafenried, Limpach, Mülchi, Schalunen und Zauggenried. Die Kommunalwahlen in zahlreichen Mittellandgemeinden, welche für die SVP mehrheitlich positiv verliefen, wurden ausführlich diskutiert und analysiert. Ich danke allen Vorstandsmitgliedern für ihr Engagement und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Zum Schluss ist es mir ein grosses Anliegen, allen zu danken, die sich im vergangenen Jahr in irgendeiner Form in den Dienst der SVP gestellt haben. Ein spezielles Merci geht an alle aktiven Parteivertreterinnen und -vertreter und Vorstandsmitglieder auf kommunaler und kantonaler Ebene für ihren unermüdeten Einsatz.

Lars Guggisberg, Präsident, Grossrat, Kirchlindach

Thun

Die SVP Wahlkreis Thun blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück:

Am 21. Januar wurde Adrian Amstutz zum neuen Präsidenten der SVP-Fraktion gewählt. Albert Rösti wird künftig ebenfalls im Fraktionsvorstand der eidg. Fraktion Einsitz nehmen.

An der Junisession des Grossen Rates wurde GR Jürg Iseli mit 131 von 136 möglichen Stimmen zum neuen Präsidenten der Finanzkommission gewählt. Herzliche Gratulation!

Aufgrund der guten Wahlergebnisse bei den nationalen Wahlen im Herbst 2011 hat der WKV Thun neu 7 Delegiertenrechte bei der SVP Schweiz. Neue Delegierte sind Elsbeth Sterchi, Uttigen und Daniela Weber, Thun.

Die Sektion Schwarzenegg-Fahrni hat bei der Kantonalpartei den Antrag gestellt, dass an den kantonalen Delegiertenversammlungen zum Auftakt der Berner Marsch gespielt werden soll. Dieser Antrag wurde genehmigt.

Im Schlossmuseum Thun wurde eine Führung durch die Ausstellung „Kanton Oberland“ organisiert.

Ende Jahr fanden in einigen Gemeinden Wahlen statt, die für die SVP grösstenteils sehr erfolgreich ausfielen. Folgende Personen wurden in Gemeinderats- oder Gemeindepräsidien gewählt: André Bähler, Wattenwil; Niklaus Röthlisberger, Heimberg; Madeleine Amstutz und Alfred Santschi, Sigriswil; Christian Zwahlen, Heiligenschwendi; Stefan Gyger, Amsoldingen und Ulrich Zurbuchen, Zwieselberg. Herzliche Gratulation!

Im Juni empfing der neue Fraktionspräsident Adrian Amstutz die SVP-Fraktion und weitere Gäste in seiner Heimat, dem Berner Oberland. Der traditionelle Ausflug der SVP-Bundeshausfraktion begann mit einer Schifffahrt auf dem Thunersee, anschliessend besuchten die Gäste das Schloss Oberhofen und weilten zum Nachessen in Sigriswil, der Heimatgemeinde von Adrian Amstutz. Mit grosser Freude durften die beiden Oberländer Gemeinden die hohen Gäste begrüssen und bewirten.

Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, allen zu danken, die sich im vergangenen Jahr mit grossem Engagement für die Belange der SVP eingesetzt haben, allen Sektionen des Wahlkreises für die gute Zusammenarbeit, aber auch meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand für ihre konstruktive Mitarbeit, ihr engagiertes Mitdenken und ihre zuverlässige Unterstützung – und euch allen für euer Vertrauen! DANKE!

Beatrice Frey, Präsidentin, Gemeinderätin, Oberhofen

Oberland

Mit der Kernaussage unseres Bundesbriefes „Einer für alle, alle für Einen“ oder „Miteinander und füreinander“, beauftragte uns Anfang Jahr der neue Bundespräsident Ueli Maurer, ans Erbe der geschichtsträchtigen Urkunde der Eidgenossenschaft anzuknüpfen. In der SVP wird dieser Grundsatz zum Glück noch gelebt, was unserer Partei weiterhin viel Erfolg bringt. Die Partei konnte dank dem grossen Einsatz unserer Mitglieder bei verschiedenen Gemeindevahlen grosse Erfolge erzielen. In Spiez ist die SVP mit 22% Wähleranteil und 8 Vertretern im GGR die stärkste Fraktion. Aber auch in den Gemeinden Saanen, Unterseen, Bönigen, Wilderswil, Reichenbach und Wimmis sind die Gemeinderäte von der SVP dominiert. Besten Dank für den Einsatz!

Delegiertenversammlung 26. März 2012

Im Restaurant La Terrasse in Bönigen haben wir unsere Delegiertenversammlung durchgeführt. Unsere Finanzen sind dank den vielen Spenden unserer Mitglieder sehr gut. Wir haben vor den wichtigen Abstimmungen unsere Mitglieder mit einem Versand informiert. Für die nächsten Gross- und Regierungsratswahlen vom 30. März 2014 wurde eine Arbeitsgruppe bestimmt, welche die Vorbereitungen und die Strategie festlegen soll. Nationalrat Hansruedi Wandfluh war 10 Jahre Vizepräsident der Bundeshausfraktion, er gilt nach wie vor als grosse Stütze unserer Partei.

Pauschalbesteuerung, Motorfahrzeugsteuer als grosses Thema

Am 29. Juni besuchte uns Parteipräsident Rudolf Joder in Faulensee, um die wichtigen Abstimmungen vom September vorzubereiten. Die Abstimmung über die Pauschalbesteuerung hat für das Berner Oberland negative Folgen und wir entschieden uns, auch den Gegenvorschlag abzulehnen. Aber auch die unendliche Geschichte zur Senkung der Motorfahrzeugsteuer war für die

Bevölkerung im ländlichen Raum entscheidend. Am 20. August haben wir die Parolen gefasst zu den Abstimmungen vom 23. September. Jolanda Brunner aus Spiez hat sich als Kandidatin für das Kantonalpräsidium vorgestellt.

Delegiertenversammlung mit dem Wahlkreisverband Thun

Am 15. Oktober organisierten wir mit dem Wahlkreisverband Thun eine Delegiertenversammlung in Wimmis. Da sich für die Nachfolge von Rudolf Joder als Parteipräsident/-in bestens ausgewiesene Kandidierende zur Verfügung stellen, haben wir uns entschieden, gemeinsam eine Vorstellung von Jolanda Brunner, Peter Brand und Werner Salzmann vorzunehmen. Die beiden Wahlkreise haben sich mit grossem Mehr für Peter Brand als neuen Parteipräsidenten ausgesprochen. Die Wahlkreise Oberland und Thun werden auch künftig eine gute Zusammenarbeit pflegen und gemeinsam Anlässe organisieren.

Grosser Einsatz der Sektionen

Das Wichtigste in der SVP ist aus meiner Sicht das basisorientierte Arbeiten in den Sektionen. Ohne unsere Mitglieder und deren grossen Einsatz könnten wir kaum solche Erfolge verzeichnen. In Därstetten findet seit mehreren Jahren der jährliche Polit-Treff statt. Die Sektion St. Stephan organisierte ebenfalls bereits zum zweiten Mal einen Polit-Abend mit Erfolg. Die Sektion Aeschi hat mit Nationalrätin Nadja Pieren und Nationalrat Albert Rösti den Anlass „Ein Jahr im Nationalrat“ organisiert. Aber auch im Oberhasli findet jeweils im Herbst ein Polit-Abend statt, jeweils mit Politpersönlichkeiten aus unserer Partei. Ich bin überzeugt, dass die SVP im Oberland noch mehr Potenzial hat und wir mit guter Überzeugungsarbeit Bürgerinnen und Bürger bewegen können, sich der Partei anzuschliessen. Denn wer, wenn nicht die SVP schaut noch auf die Grundwerte unseres Landes?

Herzliches Dankeschön

Ich bedanke mich bei den Nationalräten Hansruedi Wandfluh und Erich von Siebenthal für ihren Einsatz in Bundesbern. Den Grossräten und unserer Grossrätin für die Arbeit im kantonalen Parlament. Grossrat Hans Rösti für die Arbeit als erster Vizefraktionspräsident. Der Geschäftsleitung für die angenehme Zusammenarbeit, den Kreisverbänden und der Arbeitsgruppe für ihren Einsatz herzlichen Dank. Ein grosses MERCI geht an die „Einpacktruppe“, welche sich immer wieder zur Verfügung stellt, um den Versand an unsere Mitglieder vorzubereiten. Ich hoffe, wir können auch in diesem Jahr gemeinsam viele gemütliche politische Stunden verbringen. Ich bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit im Wahlkreisverband Oberland recht herzlich.

Thomas Knutti, Präsident, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Gerichte

Obergericht

Als Nachfolger des gesundheitshalber zurückgetretenen Oberrichters François Rieder (SP) hat der Grosse Rat Rainier Geiser (parteilos) gewählt. Den altershalber zurückgetretenen Oberrichter Martin Rätz (SVP) ersetzt Jean-Pierre Vicari (SVP). Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Kinder- und Erwachsenenschutzes (KES) wurde zudem Miriam Grütter (Grüne) zusätzlich ans Obergericht gewählt. Das Obergericht hat nun insgesamt 2100% Richterstellen; vier Richter/-innen arbeiten teilzeitlich.

Die Zahlen der Zivilabteilung haben sich auf hohem Niveau etwas stabilisiert, der Trend zeigt jedoch immer noch nach oben; dies gilt vor allem auch für das Handelsgericht; offenbar wirkt der Spruchkörper mit einem Berufs- und zwei Fachrichtern nach wie vor attraktiv. Die rasche Verfügbarkeit von Rechts- und Fachwissen führt denn auch zu zahlreichen gütlichen Einigungen.

Im Strafbereich werden mit der nun seit zwei Jahren in Kraft getretenen eidgenössischen Strafprozessordnung die meisten Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt; nurmehr rund 3% aller Fälle gelangen an die erstinstanzliche Strafjustiz, dementsprechend sind die Fallzahlen am Obergericht gegenüber dem Jahre 2010 zurückgegangen. Allerdings sind dies dann tendenziell eher die anspruchsvollen Verfahren und die vielfältigen Beschwerdeverfahren im Strafbereich, welche durch das Obergericht zu beurteilen sind, dürfen nicht vergessen werden.

Eine der Herausforderungen im 2013 wird sein, die neue KES-Organisation zum Laufen zu bringen und erste Adaptionen vorzunehmen. Vor allem aber ist zu hoffen, dass die Professionalisierung des „Vormundchaftswesens“ den erhofften qualitativen Mehrwert erbringt.

Ebenso wäre am Obergericht der unaufhaltsame Ausbau der Verwaltung/Dienste umgehend zu stoppen und erste Umverteilungen (vor allem Gerichtsschreiber) zu Gunsten der „Front“, dem Kerngeschäft der Justiz, im Interesse einer raschen und qualitativ hochwertigen Justiz vorzunehmen. Leider sind unter der aktuellen Führung des Obergerichts und der Justizleitung entsprechende Entwicklungen nicht zu erwarten.

Georges Greiner, Oberrichter

Verwaltungsgericht

2012 ist nun bereits das zweite Jahr der administrativen Unabhängigkeit der Justizbehörden. Seit dem 1. Januar 2011 ist das Verwaltungsgericht nicht nur zuständig für die Vorbereitung seines eigenen Budgets und für Rechnungsführung und -abschluss, es ist auch verantwortlich für Voranschlag, Aufgaben- und Finanzplan der gesamten «Produktgruppe Verwaltungsgerichtsbarkeit», wie sich das Gesetz ausdrückt (Art. 11 des Gesetzes vom 11. Juni 2009 über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft [GSOG; BSG 161.1]). Dazu kommt die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommissionen für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission und die Bodenverbesserungskommission (Art. 13 GSOG).

Parallel zu diesen wichtigen strukturellen Veränderungen und Aufbauarbeiten hat das Verwaltungsgericht natürlich in erster Linie seine Kernaufgabe, nämlich die Rechtsprechung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten als kantonal letzte Instanz, wahrgenommen. Im Lauf des Geschäftsjahrs sind beim Verwaltungsgericht 1'702 (Vorjahr: 1'742) neue Fälle eingegangen, 1'665 (1'750) Fälle wurden erledigt und 943 (907) wurden auf das Folgejahr übertragen. Diese Zahlen beinhalten weder Gesuche noch Verfügungen noch Entscheide zu prozessleitenden Fragen (z.B. vorsorgliche Massnahmen und unentgeltliche Rechtspflege); diese Verfahren werden nicht separat gezählt.

Im Verwaltungsrecht ist die Zahl der Neueingänge gegenüber dem Vorjahr gesamthaft leicht gesunken. Eine deutliche Zunahme war aber an der französischsprachigen Abteilung (CAF) zu verzeichnen, wo eine historische Rekordzahl erreicht wurde. Die Zahl der Neueingänge im Verwaltungsrecht verbleibt im mehrjährigen Vergleich nach wie vor auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Mit Blick auf das Inkrafttreten der Rechtsweggarantie am 1. Januar 2009 war der bernische Gesetzgeber für das Verwaltungsgericht von einer potentiellen Zunahme der Eingänge um rund 15 Prozent ausgegangen. Wenn man die Durchschnittszahlen der Geschäfte der drei der Änderung vorangegangenen Jahre (2006-2008: 343) mit denjenigen der vier auf die Änderung folgenden Jahre (2009-2012: 489) vergleicht, stellt man eine gegenüber der Annahme deutlich höhere Zunahme fest. Die Zunahme beträgt tatsächlich rund 43 Prozent.

Im Sozialversicherungsrecht hat die Zahl der neu eingegangenen Fälle gesamthaft etwas abgenommen, was dem Gericht erlaubt hat, die Pendenzen leicht abzubauen und die Dauer der Verfahren etwas zu reduzieren. Auch hier ist allerdings die Zahl der Neueingänge gegenüber dem Vorjahr an der CAF deutlich angestiegen, was zu einer Erhöhung der Pendenzen geführt hat. Die letztes Jahr erwähnten Unsicherheiten (6. IV-Revision, MEDAS-Gutachten) hatten (noch) keine Auswirkung auf die Geschäftslast.

Thomas Müller, Verwaltungsrichter

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung

Präsident:	Rudolf Joder, Nationalrat, Belp (bis 31.10.2012) Werner Salzmann, Mülchi (ab 1.11.2012)
Vizepräsidenten:	Manfred Bühler, Grossrat, Cortébert (ab 9.2.2012) Fritz Reber, Grossrat, Schangnau Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsident:	Peter Brand, Münchenbuchsee
Ein weiteres Mitglied:	Gerhard Fischer, Meiringen

Parteivorstand

Präsident

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp (bis 31.10.2012)
Werner Salzmann, Mülchi (ab 1.11.2012)

Vizepräsidenten

Manfred Bühler, Grossrat, Cortébert (ab 9.2.2012)
Fritz Reber, Grossrat, Schangnau
Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz

Geschäftsführerin

Aliki M. Panayides

Finanzverantwortlicher

Jean-Michel With, Belp

Fraktionspräsident

Peter Brand, Münchenbuchsee

Weiteres Mitglied der Geschäftsleitung

Gerhard Fischer, Meiringen

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Belp

Die eidgenössischen Parlamentarier

Andreas Aebi, Alchenstorf
Adrian Amstutz, Sigriswil
Andrea Geissbühler, Herrenschwanden
Rudolf Joder, Belp
Nadja Pieren, Burgdorf
Albert Rösti, Uetendorf
Erich von Siebenthal, Gstaad
Hansruedi Wandfluh, Frutigen

Vertreter Fachkommissionen

Carlo Kilchherr, Thun (Bau, Verkehr und Energie)
Lars Guggisberg, Kirchlindach (Erziehung)
Andreas Blank, Aarberg (Finanzen/Verwaltung)
Donat Schneider, Diessbach b. Büren (Gesundheit und Fürsorge)
Ueli Jost, Thun (Justiz, Gemeinden, Kirchen)
Christian Hadorn, Ochlenberg (Polizei und Militär)
Martin Schlup, Schüpfen (Volkswirtschaft)

Vertreterin der SVP Frauen Kanton Bern

Jolanda Brunner, Spiez

Vertreter der Jungen SVP

Erich J. Hess, Bern

Vertreter SVP Senioren

Rudolf Graf, Aarwangen

Weitere Mitglieder

Martin Baltisser, Bremgarten
Thomas Fuchs, Bern

Grossratsfraktion

Aebi Markus, Hellsau
Augstburger Ueli, Gerzensee
Bärtschi Alfred, Lützelflüh
Berger Christoph, Aeschi
Blanchard Jean-Michel, Malleray
Blank Andreas, Aarberg
Brand Peter, Münchenbuchsee
Bühler Manfred, Cortébert
Burren Andreas, Mittelhäusern
Fischer Gerhard, Meiringen
Freiburghaus Fritz, Rosshäusern
Fuchs Thomas, Bern
Geiser Pierre-André, Tavannes
(bis Ende Junisession 2012)
Anne-Caroline Graber
(ab Septembersession 2012)
Geissbühler Sabina,
Herrenschwanden
Gerber Alfred, Gohl
Graber Samuel, Horrenbach
Guggisberg Lars, Kirchlindach
Hadorn Christian, Ochlenberg
Hess Erich, Bern
Iseli Jürg, Zwieselberg
Jost Ueli, Thun

Kilchherr Carlo, Thun
Knutti Thomas, Weissenburg
Kummer Hugo, Burgdorf
Küng-Marmet Bethli, Saanen
Marti Willy, Kallnach
Messerli Walter, Interlaken
Moser Werner, Landiswil
Müller Moritz, Bowil
Reber Fritz, Schangnau
Rösti Hans, Kandersteg
Ruchti Fritz, Seewil
Rufener Thomas, Langenthal
Schlup Martin, Schüpfen
Schmid Hans, Achseten
Schneider Donat, Diessbach
Schori Peter, Spiegel
Schürch Jürg, Huttwil
Schwarz-Sommer Elisabeth,
Steffisburg
Schweizer Hans Rudolf, Utzigen
Struchen Béatrice, Epsach
Studer Ueli, Niederscherli
Wälchli Käthi, Obersteckholz
Wyss Fritz, Wengi

Vertretung in der SVP Schweiz

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten (von Amtes wegen)
Jolanda Brunner, Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern, Spiez
Jean-Blaise Defago, Bern (bis 5.5.2012)
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Bern
Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen (bis 5.5.2012)
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Rudolf Joder, Nationalrat, Belp (bis 31.10 2012)
Aiki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Andrea Pieren, Lyssach
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf (ab 1.4.2012)

Werner Salzmann, Mülchi (ab 5.5.2012)
Michael Waber, Worb

Mitglieder des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten b. Bern
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Werner Salzmann, Mülchi (ab 1.11.2012)

Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Belp

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, wiss. Mitarbeiter, Fraktionssekretär,
stv. Geschäftsführer, Bern
Jasmin Scheidegger, Mitarbeiterin, Recherswil (bis 22. November 2012)
Jasmin Jakob, Mitarbeiterin, Bern (ab 19. November 2012)

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg
Käthi Wälchli, Vizepräsidentin, Obersteckholz
Hans Ueli Salzmann, Sekretär, Oberburg
Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern

Jean-Pierre Graber, alt Nationalrat, Präsident, La Neuveville
Andrea Pieren, Vizepräsidentin, Lyssach
Aliki M. Panayides, Sekretärin, Ostermundigen
Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen
Jean-Michel With, Beisitzer, Belp
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Beisitzer, Bern
Gerhard Fischer, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen. Dabei seien namentlich erwähnt:

Emil Buchs, alt Grossrat, ist in seinem 92. Lebensjahr verstorben. Er gehörte dem Grossen Rat während zwanzig Jahren an und amtete während 17 Jahren als Stimmzähler. Acht Jahre lang setzte Emil Buchs sich zudem in der Verkehrskommission des Grossen Rates ein. Nicht nur sein Wirken als Grossrat und Sektionschef, sondern auch seine Arbeit in diversen weiteren Ämtern wurde stets geschätzt.

Peter Gerber-Rauber, a. Ständeratspräsident und a. Grossratspräsident, ist in seinem 89. Lebensjahr verstorben. Peter Gerber-Rauber begann seine politische Karriere als Gemeinderat von Seedorf und war anschliessend Gemeindepräsident. Im Vorstand und als Präsident der Vereinigung der Rübenpflanzer der Zuckerfabrik Aarberg machte er sich ebenso stark wie als Präsident des bernischen und des schweizerischen Bauernverbandes. Zudem war er Präsident des Verwaltungsrats der Zuckerfabrik Aarberg und später Präsident des Bankrates.

Heinz Winterberger-von Bergen, a. Grossrat, ist in seinem 82. Lebensjahr verstorben. Heinz Winterberger-von Bergen war nicht nur als Grossrat sehr engagiert. Er setzte sich als Gemeindeschreiber von Meiringen ein und befasste sich nach seiner Pensionierung intensiv mit der Geschichte des Oberhasli. Er engagierte sich für die Handweberei und das Heimatwerk Oberhasli, das Pilgerwegnetz und die Erhaltung des Werks des Dichters Fritz Ringgenberg. Die 650-Jahr-Feier Oberhasli-Bern fand auf seine Anregung hin statt.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Ein bewegtes Jahr ist vorbei und ich möchte die Gelegenheit nutzen, um dem nun zurück getretenen Präsidenten Rudolf Joder für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen 6 Jahren zu danken. Es war eine spannende und gute Zeit und ich möchte keine Minute der intensiven Diskussionen, der Freuden und Leiden in den Abstimmungs- und Wahlkämpfen und der Vorbereitungsitzungen bei Kamillentee im Casino missen. Die Delegiertenversammlung hat die Arbeit des Präsidenten zu Recht mit einer *standing ovation* gewürdigt. Es war keine leichte Aufgabe in diesen schwierigen Jahren, aber Rudolf Joder hat bei allen Wogen und Wellen nie das Ziel aus den Augen verloren, den Erfolg der SVP. Danke für alles, Ruedi!

Der Höhepunkt des Jahres war ohne Zweifel der Sieg bei der Wiederholung der Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuern. Dank dem Initianten Hannes Flückiger und zahlreichen engagierten SVPlerninnen und SVPlern gelang es, die Abstimmung ein zweites Mal zu gewinnen. Nun zahlen die Bernerinnen und Berner nur noch so viel, wie für den Strassenunterhalt nötig ist. Der alte Zopf des Zuschlags wurde endlich abgeschnitten. Leider nicht ganz so gut ging die Abstimmung über den Fusionszwang aus. Nun werden wir sehen, ob die SVP am Schluss Recht behält mit den Warnrufen.

Ebenso erfreulich wie die Motorfahrzeugsteuer-Abstimmung waren die Kommunalwahlen 2012. Die SVP durfte eine Reihe von Erfolgen verbuchen und geht damit gestärkt in die nächsten Abstimmungs- und Wahlkämpfe.

Ein besonderer Moment im Jahr war natürlich die Präsidiumswahl im Herbst. Im Rahmen einer demokratischen Ausmarchung ums Parteipräsidium konnte die SVP zeigen, dass sie im Gegensatz zu anderen Parteien kein Problem hat, ihre Ämter mit fähigen Persönlichkeiten zu besetzen. Der neue Präsident Werner Salzmann hat die Arbeit bereits voller Elan aufgenommen und ich und mein Team sind engagiert dabei, mit ihm in die wichtigen Vorbereitungen der Gross- und Regierungsratswahlen zu steigen und die Restrukturierung der Partei an die Hand zu nehmen.

Es gibt wie immer viel zu tun. Wir packen es an, für den Erfolg der SVP und damit für das Wohl der Bernerinnen und Berner.

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin

VI. Die Partei in Zahlen

Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung
	31.12.2011	31.12.2012	
Allmendingen	25	23	-2
Bolligen	128	127	-1
Bremgarten b. Bern	26	28	+2
Büren z. Hof	30	0	-30
Diemerswil	23	21	-2
Ferenbalm	70	74	+4
Fraubrunnen	74	119	+45
Frauenkappelen	26	22	-4
Golaten	12	12	0
Gurbrü	29	27	-2
Ittigen	47	40	-7
Jegenstorf	91	83	-8
Kirchlindach	90	83	-7
Kriechenwil	21	21	0
Laupen	34	33	-1
Mattstetten	27	24	-3
Meikirch	81	81	0
Moosseedorf	83	80	-3
Mühleberg	95	90	-5
Mülchi	31	0	-31
Münchenbuchsee	161	170	+9
Münchenwiler	14	14	0
Muri-Gümligen	97	91	-6
Neuenegg	190	189	-1
Ostermundigen	63	64	+1
Stettlen	44	42	-2
Urtenen-Schönbühl	72	71	-1
Vechigen	177	173	-4
Wohlen b. Bern	109	110	+1
Worb	182	183	+1
Zollikofen	100	91	-9
Einzelmitglied	3	0	-3
Mittelland-Nord	2'255	2'186	-69

Arni	29	25	-4
Belp	200	187	-13
Biglen	70	117	+47
Bowil	46	47	+1
Gelterfingen	12	12	0
Gerzensee	62	64	+2
Grosshöchstetten	54	52	-2
Guggisberg	44	43	-1
Kaufdorf	25	23	-2
Kehrsatz	29	28	-1
Kiesen-Oppligen	51	49	-2
Kirchdorf	107	103	-4
Köniz Total	201	195	-6
Konolfingen	174	176	+2
Landiswil	50	49	-1
Linden	69	56	-13
Münsingen	51	79	+28
Oberbalm	44	43	-1
Oberdiessbach	97	92	-5
Oberthal	22	21	-1
Riggisberg	89	87	-2
Rubigen	20	20	0
Rüeggisberg	141	130	-11
Rüschegg	35	37	+2
Schlosswil	44	0	-44
Schwarzenburg	105	105	0
Thurnen	31	29	-2
Toffen	59	62	+3
Trimstein	33	0	-33
Walkringen	50	43	-7
Wichtrach	114	110	-4
Zäziwil	62	62	0
Einzelmitglied	2	0	-2
Mittelland-Süd	2'222	2'146	-76
Aarberg	94	109	+15
Aarberg Einzelmitglieder	29	0	-29
Bellmund	11	9	-2
Biel / Bienne	83	71	-12
Brüttelen	13	13	0
Bütigen	39	29	-10

Bühl	15	13	-2
Büren a. Aare	92	91	-1
Dotzigen	36	45	+9
Epsach	20	20	0
Erlach	60	61	+1
Finsterhennen	11	0	-11
Grossaffoltern	66	59	-7
Grosses Moos	0	28	+28
Ins	152	142	-10
Ipsach	39	38	-1
Jens	28	28	0
Jolimont	54	54	0
Kallnach	39	35	-4
Kappelen	54	52	-2
Lengnau	52	52	0
Lyss-Busswil	146	133	-13
Meinisberg	21	21	0
Müntschemier	67	63	-4
Nidau	14	15	+1
Oberwil b. Büren	48	47	-1
Orpund	41	41	0
Pieterlen	51	50	-1
Port	26	32	+6
Radelfingen	63	70	+7
Rapperswil	86	80	-6
Safnern	54	52	-2
Schüpfen	113	107	-6
Schwadernau	15	15	0
Seedorf (BE)	147	146	-1
Siselen	17	0	-17
Studen	25	20	-5
Sutz-Lattrigen	11	11	0
Täuffelen	54	47	-7
Treiten	45	42	-3
Twann-Tüscherz-Alfermée	12	11	-1
Walperswil	33	35	+2
Wengi	32	32	0
Worben	38	38	0
Einzelmitglied	19	24	+5
Seeland	2'165	2'081	-84

Bévilard	6	5	-1
Corgémont	17	18	+1
Cortébert	12	12	0
Court	18	17	-1
Courtelay	4	4	0
Diesse	4	3	-1
La Chaux d'Abel	5	5	0
La Ferrière	5	5	0
La Neuveville	18	18	0
Malleray	7	8	+1
Mont-Tramelan	3	9	+6
Moutier	50	49	-1
Moutier Diverse	23	22	-1
Nods	2	1	-1
Orvin	16	14	-2
Péry	11	10	-1
Prêles	2	2	0
Reconvilier	12	12	0
Renan	14	14	0
Romont	6	6	0
Saint-Imier	34	37	+3
Sonceboz-Sombeval	9	8	-1
Sonvilier	7	6	-1
Tavannes	28	26	-2
Tramelan	19	21	+2
Vaufelin	6	6	0
Berner Jura	338	338	0
Aefligen	39	38	-1
Affoltern i. E.	81	79	-2
Alchenstorf	57	45	-12
Bätterkinden	88	97	+9
Burgdorf	97	100	+3
Dürrenroth	50	51	+1
Eggiwil	157	137	-20
Ersigen	133	130	-3
Hasle b. B.	113	113	0
Heimiswil	91	86	-5
Hindelbank	47	48	+1
Höchstetten-Hellsau	16	16	0
Kirchberg	89	88	-1

Koppigen	88	89	+1
Krauchthal	100	95	-5
Langnau i. E.	155	150	-5
Lauperswil	73	70	-3
Lützelflüh	86	78	-8
Lyssach	67	70	+3
Nieder- und Oberösch	26	24	-2
Oberburg	162	161	-1
Röthenbach	7	7	0
Rüderswil	52	51	-1
Rüdtligen-Alchenflüh	41	39	-2
Rüegsau	108	106	-2
Schangnau	79	73	-6
Signau	54	51	-3
Sumiswald/Wasen	150	139	-11
Trachselwald	28	27	-1
Trub/Trubschachen	97	94	-3
Utzenstorf	103	100	-3
Wynigen	131	132	+1
Zielebach	17	17	0
Einzelmitglied	9	0	-9
Emmental	2'691	2'601	-90
Aarwangen	121	122	+1
Attiswil	42	41	-1
Auswil	8	9	+1
Bleienbach	68	70	+2
Busswil/Melchnau	78	79	+1
Eriswil	70	60	-10
Gondiswil	25	24	-1
Herzogenbuchsee	101	97	-4
Huttwil	141	129	-12
Langenthal	201	196	-5
Lotzwil	43	43	0
Madiswil	93	85	-8
Niederbipp	97	96	-1
Oberbipp	70	67	-3
Obersteckholz	19	18	-1
Roggwil	102	98	-4
Rohrbach	33	32	-1
Rütschelen	19	18	-1

Schwarzhäusern	20	20	0
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	68	66	-2
Thörigen	82	76	-6
Thunstetten	78	72	-6
Ursenbach	45	45	0
Walterswil	38	40	+2
Wangen a. Aare	64	61	-3
Wiedlisbach	33	34	+1
Wynau	18	15	-3
Wyssachen	40	36	-4
Einzelmitglieder	23	19	-4
Oberaargau	1'840	1'768	-72
Amsoldingen	47	44	-3
Blumenstein	33	30	-3
Buchholterberg-Wachsedorn	69	72	+3
Burgistein	37	36	-1
Gurzelen	25	25	0
Heimberg	74	72	-2
Hilterfingen	40	43	+3
Höfen	32	35	+3
Linkes Zulgebiet und Umgebung	71	69	-2
Oberhofen	57	57	0
Reutigen	51	49	-2
Schwarzenegg-Fahrni	155	157	+2
Seftigen	49	53	+4
Sigriswil	147	149	+2
Steffisburg	145	137	-8
Thierachern	51	52	+1
Thun	193	193	0
Uebeschi	32	31	-1
Uetendorf	142	141	-1
Uttigen	36	37	+1
Wattenwil	83	84	+1
Zwieselberg	15	14	-1
Einzelmitglieder	21	1	-20
Thun	1'605	1'581	-24
Adelboden	59	57	-2
Aeschi b. Spiez	82	87	+5
Beatenberg	49	41	-8

Boltigen	35	35	0
Bönigen	29	29	0
Brienz	63	59	-4
Därstetten/Weissenburg	53	53	0
Diemtigen	65	66	+1
Erlenbach	23	22	-1
Frutigen	207	206	-1
Grindelwald	135	128	-7
Gsteig	22	26	+4
Habkern	31	30	-1
Interlaken	69	65	-4
Interlaken Einzelmitglieder	6	5	-1
Kandersteg	29	30	+1
Lauterbrunnen	25	27	+2
Lenk	54	58	+4
Matten b. Interlaken	57	58	+1
Oberhasli	147	142	-5
Oberwil i. S.	40	38	-2
Reichenbach	96	100	+4
Ringgenberg/Goldswil	46	51	+5
Saanen	188	184	-4
Spiez	142	147	+5
St. Stephan	56	57	+1
Unterseen	52	51	-1
Wilderswil	58	60	+2
Wimmis	149	143	-6
Zweisimmen	70	72	+2
Einzelmitglied	13	0	-13
Oberland	2'150	2'127	-23
Bern Stadt	404	385	-19
Direktmitglieder Kanton	40	48	+8
Direktmitglieder-Mirchel	34	46	+12
Total Kanton Bern	15'744	15'307	-437